

Monat 50 Pfund Kartoffeln. In zahlreichen anderen Städten kommen ähnliche Verfahren zur Anwendung. Man rechnet mit einer Gesamtmenge von 10 Millionen Zentner verbilligter Kartoffeln.

Die Fleischverbilligung kommt allen Hauptunterstützungsempfängern der verschiedensten Fürsorgezweige, soweit sie Zuschlagsempfänger aufweisen oder einen eigenen Hausstand haben, zugute und beträgt 30 Pf. für ein Pfund Fleisch wöchentlich. Sie ist auf die Dauer von 12 Wochen gedacht. Die Verteilung erfolgt mit Hilfe von Gutscheinen.

Soweit die Denkschrift des Reichsernährungsministers. Was erreicht worden ist, hält sich gewiß in bescheidenen Grenzen. Aber es verdient wohl, festgestellt zu werden, daß ohne die zähe Arbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion überhaupt nichts geschehen wäre. Wer mit dem Ergebnis nicht zufrieden ist — und zu den Unzufriedenen gehören wir auch — der helfe erst einmal mit, daß es mehr Sozialdemokraten im Reichstag gibt. Einzeitigen sind sie leider nicht mehr als ein Viertel, und ihre Einflußmöglichkeit ist entsprechend begrenzt.

Man möge aber auch folgendes überlegen: Werden die neu geplanten Lohnsenkungen verwirklicht, dann kann wieder der Fall eintreten, daß die niedrigsten Löhne an die höchsten Erwerbslosenunterstützungen ganz nahe herankommen. Es wäre dann eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn man Vergünstigungen, die man den Arbeitslosen mit Fug und Recht gewährt, den Arbeitenden verweigern wollte. Zwar sieht auch die Notverordnung Preisentkungen vor, doch werden diese aller Wahrscheinlichkeit nach die Lohnsenkungen zunächst keineswegs wettmachen. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten wird dann nichts anderes übrig bleiben, als den Kampf um die Erhaltung ihres Reallohns und damit um weitere Verbilligungen mit aller Kraft aufnehmen. Daß sie dabei auf die stärkste Unterstützung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion rechnen können, versteht sich von selbst.

Die Rechte des Preiskommissars.

Vollmachten, die ausgenutzt werden müssen.

Die Tätigkeit des Preiskommissars, der sich nach der neuen Notverordnung mit der Senkung der sogenannten freien Preise, der Richtpreise, befassen soll, ist am Donnerstag durch eine Verordnung umrissen worden, die sich zum Teil auf ein Gesetz während der Inflationzeit, auf die Verordnung über Handelsbeschränkungen vom Juli 1925, stützt. Dem Preiskommissar werden große Machtmittel in die Hand gegeben. Er wird sich auf Grund dieser Machtmittel durchsetzen können, wenn er will.

Nach der Verordnung kann der Preiskommissar Preise, Preisspannen und Zuschläge durch entsprechende Vorschriften oder Anordnungen senken. Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Anordnungen des Kommissars können mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafen bedroht werden. Die Geldstrafe kann in unbefränkter Höhe angedroht werden. Die Reichskommissar kann die Fortführung von Betrieben, durch die Waren h. m. Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs in den Verkehr gebracht werden, untersagen, wenn der Inhaber oder Leiter des Betriebes den erlassenen Vorschriften oder Anordnungen zuwiderhandelt oder wenn sonst Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Inhaber oder Leiter des Betriebes die für den Betrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt. Der Betroffene kann binnen einer Ausschlußfrist von einer Woche die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts anrufen. Die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts ist endgültig und soll die Entscheidung innerhalb eines Monats seit der Anrufung treffen. Die Schlichtung tritt jedoch sofort in Kraft, ohne Rücksicht auf die Berufung.

Die Verordnung greift ferner auf die Preisschilder zurück und schreibt für die nicht ausgestellten Gegenstände ein gut sichtbares Preisverzeichniss vor. Die Betriebe sind zur Auskunftspflicht gegenüber dem Preiskommissar verpflichtet. Der Kommissar kann beim Vorliegen eines besonderen Bedürfnisses Preisauskünfte zusammenrufen, die aus den beteiligten Kreisen gebildet werden und Preise, Preisspannen und Zuschläge zu begutachten haben. Die Polizei ist gehalten, auf besonderes Verlangen des Preiskommissars diesem direkt Nachricht über Zuwiderhandlungen gegen seine Anordnungen zugehen zu lassen.

Kindisches Spiel.

Der neueste deutschnationale Mißtrauensantrag.

Die deutschnationale Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Mißtrauensantrag gegen den neuen preussischen Finanzminister Kiepper eingebracht.

Zamora Präsident der Republik.

Spaniens erstes selbstgewähltes Staatsoberhaupt.

Madrid, 10. Dezember.
Micaela Zamora ist von den Cortes mit 362 von 410 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

Micaela Zamora war von vornherein als Präsidentin der Republik in Aussicht genommen worden. Sogar noch in den letzten Monaten der Monarchie, als die revolutionären Führer im engsten Kreise ihre Umsturzpläne besprachen und die Männer für die höchsten Ämter bestimmten, war Zamora als Staatspräsidentin ausser Acht gelassen.

Zunächst wurde er Ministerpräsident der preussischen Regierung und stand auf deren rechten Flügel. Denn als gläubiger Katholik stand er in einem gewissen Gegensatz zu den Sozialisten, besonders in den Kirchenfragen. Aber auch die Sozialisten zollten seiner Persönlichkeit hohe Achtung und trennten sich nur ungern von ihm, als er nach der Annahme der scharfen Trennungs- und Kamfationsgesetze gegenüber der Kirche durch die Nationalversammlung seinen Rücktritt erklärte. Er wurde durch Azana ersetzt. Wer die Stimmenzahl, die er bei der gestrigen Wahl erhalten hat, bemerkt, daß auch die meisten Sozialisten für ihn gestimmt haben.

Salandra, der Ministerpräsident, unter dem Italien in den Weltkrieg eintrat, ist gestorben.

Die Verfassung der spanischen Republik ist von den Cortes endgültig angenommen worden.

Wilde Schießerei im Osten Berlins

Straßenschlacht mit vierzig Schüssen. — Zwei Schwerverletzte.

In den gestrigen Abendstunden war die Posener Straße unweit des Schlesischen Bahnhofs wiederholt der Schauplatz schwerer politischer Zwischenfälle. Gegen 21.30 Uhr kam es zwischen Hakenkreuzern und Kommunisten zu einer Schießerei, bei der nach Zeugenaussagen etwa 30 bis 40 Schüsse gewechselt wurden. Zwei an der Schießerei Beteiligte wurden durch Schüsse schwer verletzt und mußten in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Im Hause Posener Straße 25 befindet sich ein nationalsozialistisches Verkehrslokal. Schon in den Nachmittagsstunden war es vor dem Lokal zu Plänkereien zwischen Links- und Rechtsradikalen gekommen. Abends zwischen 18 und 19 Uhr erschien auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Gruppe Kommunisten und zertrümmerte durch Steinwürfe die Schaufensterscheibe des Restaurants. Das alarmierte Ueberfallkommando konnte zwei Kommunisten — einen Mann und eine Frau —, die sich an dem Steinbombardement beteiligt hatten, festnehmen. Knapp zwei Stunden später spielte sich dann die folgenschwere Schießerei ab, die in ihren Einzel-

heiten noch nicht ganz geklärt ist. Den Hakenkreuzern war offenbar bekanntgeworden, daß die Kommunisten abends noch einmal erscheinen würden. Sie hatten offenbar alle Vorbereitungen getroffen, um die linksradikalen Gegner „würdig“ zu empfangen. Jedenfalls ging bald nach 21 Uhr plötzlich eine wilde Schießerei vor sich. Zwei Personen, deren politische Zugehörigkeit noch nicht einwandfrei geklärt ist, stürzten getroffen zu Boden. Als die Polizei, die telephonisch herbeigerufen worden war, überraschend schnell in der Posener Straße erschien, konnten insgesamt noch etwa 35 bis 40 Personen festgenommen werden.

Wie weiter mitgeteilt wird, sind bei den Vorgängen in der Posener Straße insgesamt 73 Festnahmen (60 Hakenkreuzler und 13 Kommunisten) erfolgt. Bei der Durchsuchung des Lokals wurden, zum Teil an verstreuter Stelle, vier geladene Schusswaffen gefunden. Im Anschluß an die Polizeiaktion in der Posener Straße wurden durch Beamte der Politischen Polizei mehrere Verkehrslokale der Kommunisten in der Umgebung auf Waffen durchsucht. Die Durchsuchung verlief jedoch ergebnislos.

Landesverrat.

Die Organisation der SA. als militärisches Geheimnis.

Der „Bayerische Kurier“ hatte sich mit der Organisation der Hitlerischen Bürgerkriegstruppe befaßt. Er hatte die unverantwortliche militärische Spielerei der Röhren und Genossen gekennzeichnet, die die Organisation der SA. und SS. Hitlers der Reichswehrorganisation nachzubilden sich bemühen.

Der „Baltische Beobachter“ hat daraufhin kurzerhand erklärt, diese Darlegungen des „Bayerischen Kuriers“ seien — Landesverrat! Hüter erhebt also den Anspruch, daß seine verfassungseindlichen Organisationen durch den Landesverratsparagrafen und das Spionagegesetz geschützt werden.

Gegenüber dieser Dreistigkeit und der schweren Beleidigung, die in dem Vornam des Landesverrats liegt, hat der „Bayerische Kurier“ Beleidigungsklage angestrengt.

Darüber hinaus scheint uns nötig zu sein, daß die Reichsregierung sehr energisch gegen die Annahme der Hitlerischen Bürgerkriegstruppen vorgeht, die nur geeignet sind, völlig falsche und dem Lande abträgliche Vorstellungen im Zustand zu erwecken.

Der Faschismus im Rundfunk.

Eine Beschimpfung der deutschen Republikaner.

Gestern sprach im Berliner Rundfunk ein gewisser Dr. Böjean über das Thema „Faschismus und Republik“. Es war ein ausgesprochener faschistischer Propagandavortrag, der den italienischen Faschismus hemmungslos feierte, so hemmungslos, daß er selbst die blutigen Gewalttaten des faschistischen Regimes als „notwendig“ bejahte. Vor dem Hörer stieg der Schatten Rattenottis auf, als der Redner die Mutigen-Gewalttat als kühne Prozedur gefährlichen Widerstands billigte. Und nicht nur der Schatten Rattenottis! Das italienische Beispiel ist raffiniert benutzt worden, um Entschuldigungen für Gewalttaten des deutschen Faschismus herbeizuziehen.

Die These des Redners war, daß der Faschismus auf der Grundlage des Individualismus, Voluntarismus, der Selbstverant-

wortung des einzelnen und der absoluten Staatsautorität stehe, daß er also der eigentliche Repräsentant der Grundgedanken des Republikanismus sei im Gegensatz zum Materialismus und Sozialismus.

Von dieser These ausgehend wurde der Vortrag zum Schluß zu einer wilden Propagandarede gegen den „Marxismus“ in Deutschland. Es sei ein Unglück für die Republik, so führte der Redner aus, daß sie in Deutschland geschossen worden sei durch die Sozialisten. Der marxistische Sozialismus sei schuld an dem Gegensatz zwischen schöpferischem Faschismus und Republikanismus. Die Begriffe Sozialismus und Republik seien unvereinbar: „es gibt keine sozialistischen Republikaner“.

Ein solcher Vortrag, der eine solche Behauptung den vielen Millionen sozialistischen Republikanern in Deutschland ins Gesicht schleudert, ist eine einzige Provokation. Wir fragen uns, ob diese Provokation dem Ueberwachungsausschuß in dieser Form vorgelegt hat.

Um die Zeitungsverbote.

Neue Verbote und Proteste.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat das hannoversche Hugenberg-Organ „Die Niederdeutsche Zeitung“ und deren Kopfblatt, das „Hildesheimer Abendblatt“, auf zwei Wochen verboten. Veranlassung zu diesem Verbot gab ein Artikel, der große Verleumdungen gegen den völksparteilichen Regierungspräsidenten in Hildesheim enthält.

Der Presseleiter der RSDAP, Reichstagsabgeordneter Hinkel, hat wegen des Verbotes der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Angriff“ ein Protesttelegramm an das Reichsgericht Leipzig gerichtet.

Der Nationalsozialistische Parlamentsdienst ist am Donnerstag wieder erschienen, nachdem der preussische Innenminister Sauerberg das dreimonatige Verbot auf 14 Tage abgekürzt hat. Die Entscheidung, ob das Verbot überhaupt aufgehoben wird, wird in diesen Tagen vom Reichsgericht getroffen werden.

Hitler provoziert Brüning.

Schwere Beleidigungen des Kanzlers durch Hitlers Adjutanten Göring.

Hitlers engster Mitarbeiter in der Reichshauptstadt, der frühere Fliegerhauptmann Göring, hat dem Berliner Vertreter des römischen Blattes „Messaggero“ ein Interview erteilt, das eine Antwort auf die Rundfunkrede des Reichskanzlers Brüning sein sollte. Der Berichterstatter, selber ein zuverlässiger Faschist und damit sicherlich kein Gegner der Nationalsozialisten, war offenbar über Ton und Inhalt der Äußerungen Görings so verblijft, daß er sofort spontan bei ihrer Wiedergabe hinzufügte, daß er die Worte dieses Vertrauensmannes Hitlers „mit der größten Genauigkeit“ wiedergegeben habe. Danach erklärte Göring:

„Die Rede des Reichskanzlers scheint uns von Furcht diktiert.“

Zu hundert Prozent wurde sie beeinflusst von der Sozialdemokratie und von Frankreich.“

Der Bolschewist von Hoersch hat von Paris aus die Bühnenstraße wissen lassen, daß die französische Regierung und die politischen Kreise Frankreichs den Wunsch geäußert hätten, Brüning möchte anlässlich seiner Ansprache starke Worte gegen Hitler gebrauchen. Brüning war überdies erzürnt über den Widerhall der Erklärungen Hitlers in der englischen und amerikanischen Presse.

Beim Lesen der Rede Brünings kommt uns Brüning so vor, wie der Kapitan eines Schiffes, das

schon zu drei Vierteln untergegangen

ist, und der doch noch die Stimme erhebt, um der Welt vorzumachen, daß noch nicht alles verloren sei. Mit dieser Rede hat sich Brüning endgültig und unüberbrückbar in Gegensatz zum Nationalsozialismus gestellt, und es fallen damit auch alle Voraussetzungen, die glaubten, daß für ihn eine Stelle im ersten nationalsozialistischen Kabinett gefunden werden könnte. Es ist jetzt anzusehen, daß

das Zentrum sich immer dort befindet, wo die Interessen der Nation bekämpft werden.

Ich würde mich nicht wundern, wenn Brüning einmal in die Sozialdemokratische Partei übertreten würde, da er sich mit seiner Rede als vollkommener Marxist bekannt hat. Der Rede

fehlt überdies jeder politische Takt. Wir betrachten sie als einen Dolchstoß in den Rücken desjenigen Teils des deutschen Volkes, der mit den Führern des Nationalsozialismus Ordnung und Ruhe schaffen will.“

Eine dreifache Provokation des deutschen Reichskanzlers als diese Erklärungen, die abendrein einem ausländischen Journalisten gegenüber abgegeben wurden, ist gar nicht denkbar. Sie enthält zwar keine Verbaljurien, aber um so schlimmere Verdächtigungen. Vor allem die Behauptung, daß Brüning seine scharfen Worte gegen Hitler auf Veranlassung Frankreichs gebraucht habe, stellt eine schwere Beschimpfung des Reichskanzlers dar. Ueber den Begriff des „politischen Tattes“, den Göring in Brünings Rede vermischt, braucht man mit diesem Naziführer nicht zu streiten, am allerwenigsten nach einer solchen Leistung.

Vor allem hat Göring in bewusster Verhöhnung des Reichskanzlers gerade das getan, wogegen sich dieser in seiner Rundfunkrede so entschieden verwahrt hatte, als er davon sprach, daß es „ein dem Land abträgliches Unterfangen ist, wenn ... versucht wird, im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob es ... eine Regierung von morgen gebe, die sich anmachen dürfte, für das deutsche Volk zu sprechen“. Göring hat nicht nur von der „ersten“ nationalsozialistischen Regierung als von einer Selbstverständlichkeit gesprochen, er hat sogar großmäulig verkündet, daß Brüning zur Strafe für sein Verhalten darin nicht aufgenommen werden würde!

Der Reichskanzler hat die beste Gelegenheit, dem deutschen Volke und der ganzen Welt, die noch unter dem frischen Eindruck seiner Kampfansage vom Dienstag abend stehen, zu beweisen, daß seine Worte nicht nur Worte waren, sondern daß er auch zu handeln versteht. Dr. Brüning wird sich hoffentlich darüber im klaren sein, daß der Glaube an seine Autorität im Innern und nach außen auf das schwerste erschüttert wäre, wenn er eine derartige Provokation ruhig hinnehmen würde. Denn Göring ist nicht der erste beste. Er besitzt so sehr das Vertrauen Hitlers, daß er bisher der Verbindungsmann zwischen dem Führer der Nazi-Partei und den amtlichen Kreisen war. Er war es, der Hitler zum Reichspräsidenten begleitete, er war es, der wiederholt in Hitlers Auftrag mit Groener und mit

Reins vor seinen Richtern
Der Täter, seine Mutter und seine Schwester sagen aus

Der erste Tag des Reins-Prozesses regte zu so mancherlei Gedanken an. Zwei Feststellungen sollen bereits in diesem Stadium der Verhandlung gemacht werden. Während Klassenbewußte junge Maurer, selbst seit langem arbeitslos, in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai sich einem ruhigen Schlaf hingaben, um am nächsten Morgen früh frisch und munter mit ihren Klassenossen den 1. Mai zu feiern, vorbrachte der Maurer Reins eine schlaflose Nacht, im Gedanken immer wieder den Plan der für den nächsten Morgen festgesetzten Beraubung des Geldbriefträgers Schwan hin und her überlegend.

Der Maurer Reins, Kleinbürger nach seiner ganzen Lebenshaltung und Lebensanschauung, stand isoliert vor seinen Klassenossen da, bar jeden Gemeinschaftsgefühls. Das ist die eine Feststellung. Die zweite traf der Vorsitzende. Er hielt dem Angeklagten vor: „Sie behaupten, Ihre Tat aus Not begangen zu haben? Sie bejahen aber noch reichlich Geldmittel; Sie hatten 10 Mark der Wirtin beim Wägen des Zimmers angezählt, in das Sie den Geldbriefträger Schwan zu locken beabsichtigten; 5 Mark haben Sie auf der Post eingezahlt, 20 Mark am Morgen vor der Tat Ihrer Mutter gegeben, 5 dänische Kronen hatten Sie in Ihrer Tasche, die Versicherungsgesellschaft war bereit, Ihnen 500 Mark für Ihr gestohlenes Segelboot zu zahlen; der Vergleichsvorschlag des Gerichts lautete sogar auf 850 Mark. Sie hätten auch Ihren Smolting verkaufen können, und auch sonst bejahen Sie noch genug Anzüge. Ihr Kollege hatte Ihnen in etwa zwei Wochen Arbeit in Aussicht gestellt. Da kann doch wahrlich nicht von der Not die Rede sein, an der Hunderttausende Ihrer Volksgenossen leiden, die nichts mehr als das bloße Hemd auf dem Leibe haben. Wenn jemand für sich in Anspruch nehmen will, daß ihn die Not zu dem schlimmsten Verbrechen getrieben hat, das überhaupt denkbar ist, dann müßte man annehmen, daß er alles getan hat, um der Not zu steuern. Hätten Sie nicht Ihre Schwestern um Geld angehen können?“ „Das habe ich mir nicht überlegt“, entgegnete der Angeklagte.

Ernst Reins hatte bis Ende 1929 Arbeit.

Als Mordmörder bei Verstärkung der Bahnhofsböden verdiente er bis 150 Mark wöchentlich. Er hatte sich ein Segelboot im Werte von 600 Mark angeschafft, hatte 1200 Mark gespart, im Laufe des Jahres 1930 durch zufällige Arbeit noch etwa 600 Mark hinzuerdient. Zu der Zeit, als er sich mit der Absicht zu tragen begann, sich durch Gewalt Geldmittel zu verschaffen, waren seine sämtlichen Ersparnisse aufgebraucht. Die Milchrechnung betrug 125 Mark, die Mutter schuldete beim Schuhmacher etwa 25 Mark; trotz des vermieteten Zimmers war sie mit der Miete im Rückstand. Für den Angeklagten genügte das alles, um etwa zwei Wochen vor der Tat die Möglichkeit eines Verbrechens in den Kreis seiner Erwägungen einzubeziehen. Damals veranlaßte er seine Mutter, aus einem großen Stück Weinwand einen länglichen Sack zu nähen.

Ernst Reins schilderte mit großer innerer Erregung in abgetrockneten Sätzen sehr anschaulich seinen Seelenzustand vor, während und nach der Tat.

Nachdem er sich das Zimmer bereits angesehen hatte, ließ er stundenlang in der Stadt herum, immer wieder sich vorstellend: Die Mutter krank, keine Arbeit, keine Möglichkeit, zu Geld zu kommen. Wobens teilte ihm die Mutter mit, daß sein Kollege wegen Arbeit angerufen habe. Nun erfüllte ihn neue Hoffnung; er ließ den Gedanken an den Raub fallen. Am nächsten Morgen suchte er sein Maurerwerkzeug zusammen. Dabei fiel ihm ein Bleirohr in die Hände, das er zur Verfertigung eines Lots benutzen wollte; eigentümlicherweise paßte das Bleirohr ganz genau

in den Sack, den die Mutter zwei Wochen vorher genäht hatte; aus der Arbeit wurde nichts. Die Fahrt des Kollegen nach München verschob sich, ein anderer Kollege bestellte ihn in ein Lokal wegen einer anderen Arbeitsstelle, kam aber nicht.

Am 1. Mai, in der Wohnung der Frau Möbius, in Erwartung des Geldbriefträgers, fühlte er sich wie ein „Bandit, der auf der Lauer liegt“. Er wußte nicht, wie ihm war.

Als Schwan ihm das Geld abzählte, konnte er sich immer noch nicht zum entscheidenden Schlag entschließen;

er zitterte am ganzen Leibe, zögerte bis zum letzten Augenblick, dann holte er zum Schlage aus. Es war ein Kampf auf Leben und Tod. Er hatte seine Brille verloren und war nur noch „ein halber Mensch“. So schildert es der Angeklagte. „Sie haben aber das Bleirohr mit Kieselsteinen und Sand gefüllt“, hält ihm der Vorsitzende vor. „Mit Ihnen nicht der Gedanke gekommen, daß Sie mit dem Instrument den Briefträger töten könnten? Haben Sie nicht daran gedacht, daß er sich wehren würde?“ „Es wäre ja Wahnsinn gewesen, ihn töten zu wollen, da ich ihn nur zu betäuben beabsichtigte“, sagt der Angeklagte.

Den Geldbeutel des getöteten Briefträgers hat Reins in den Stößen geworfen. Der Mutter hat er es am nächsten Tage gesagt, er habe was ausgefroren und müsse fort. Wie es gekommen sei, daß die Schwestern plötzlich mit ihm fahren wollten, kann er nicht sagen; seinen Smolting hat er mit eingepackt. Vor der Abfahrt hat er auf dem Bücherstisch ein Paket mit Geld hinglegt und zur Mutter gesagt: „Das ist für dich!“

Er wollte über Genua nach Spanien, weil er dort leichter unterzulanden hoffte.

„War das Ganze nicht eine Vergnügungssache?“ fragt der Vorsitzende. — „Nein“, protestiert der Angeklagte, „für mich nicht.“ — „Aber der Brief, den Sie an die Mutter geschrieben haben, von der „lustigen Reise“, hoch, hoch, Amerika! sieht doch sehr danach aus.“ — „Ich habe die reinsten Worte nur gewählt, um die Mutter zu beruhigen“, behauptet der Angeklagte. Er bleibt dabei, keinen Augenblick die Absicht gehabt zu haben, den Briefträger zu töten; er habe ihn nur betäuben wollen.

Die Vernehmung der Sophie Reins gestaltete sich nur sehr kurz. Sie will die Mutter noch Möglichkeit unterstützt haben, hatte aber in der letzten Zeit selten Arbeit, war aber im April wieder zu Geld gekommen. Für das Zimmer, das sie und ihre Schwester mieteten, hatten sie 100 Mark gezahlt; sie hatte auch 800 bis 1000 Mark zu einer Reise nach Frankreich erhalten, einen Teil des Geldes aber bereits für andere Zwecke ausgegeben. Sie hatte keine Ahnung, daß Ernst aus einem besonderen Grunde gezwungen war, Berlin zu verlassen; sie glaubte, er wolle eine Reise unternehmen und habe das Geld für sein gestohlenes Segelboot erhalten. Wieweit Geld sie von ihrem Bruder in Genua erhalten habe, könne sie nicht sagen. Als der Vorsitzende ihr vorhält, daß das alles sehr unglaubwürdig klinge, erwidert sie, daß sie nichts anderes sagen könne.

Die Mutter Ida Reins

macht ihre Aussagen unter unaufhörlichem Schluchzen. Sie schildert ihren Jungen als äußerst sparsam, ja fast geizig. Als Ernst ihr am 2. Mai mitgeteilt habe, er müsse fort, habe sie überhaupt an nichts denken können; sie sei vor Schreck fast benommen gewesen. Das Geld habe sie erst am nächsten Morgen gefunden. Daß er ihr gesagt habe, „das ist für dich!“, habe sie überhört. Da sie doch gewußt habe, daß es nicht auf reellem Wege ins Haus gekommen sei, habe sie es zwischen die Türfenster geworfen. Für die Einstellung dieser Frau ist sehr bezeichnend, was sie dem Reffen ihres

Wohnes, dem Maurer Fritz Reins, geschrieben hat. Dieser Fritz Reins verbißt augenblicklich eine lebenslängliche Zuchthausstrafe, weil er seinen Sohn, aus Furcht, daß auch ihm ein gleiches Schicksal wie seinem Vater beschieden sein könnte, getötet hat. Fritz Reins schrieb an Frau Reins u. a. folgendes:

War dem Ernst mein Schicksal nicht Renetelk genug? ... Vielleicht wirst Du es nun verstehen im Ansehen der Lage, in der sich Deine Kinder befinden, daß ich vor zwei Jahren glaubte, meinen anderen Weg mit meinem Kinde gehen zu können. Und wenn ich heute auch hinter Mauern bin, ich weiß doch wenigstens mein eigen Fleisch und Blut dahinter.

Worauf Ida Reins antwortete: Es ist Dein Schicksal genau so fürchtbar wie das unsere. Der grauenhafte Mord, der auf der Familie Reins lastet, ist wohl bald einzig dastehend. Ich glaube mich gefeit gegen weiteres; Gustav seine Krankheit sah ich schon als Höhepunkt des Flusses an und nun? Fritz, denke Dir! Mein Kind, das ich unter meinem Herzen trug, sollte so eine Tat begehen. ...

Die Sachverständigen, Prof. Dr. Fraenkel und Medizinalrat Dr. Wahrenholz, die die Obduktion der Leiche des Geldbriefträgers Schwan vorgenommen haben, erklärten, daß der Kampf zwischen dem Reins und seinem Opfer so vor sich gegangen sein könne, wie jener es geschildert hat: Das Instrument sei unter allen Umständen geeignet, einen Menschen zu töten; der beabsichtigte Betäubungsschlag gegen die Schlagader am Halse sei als äußerst gefährlich zu betrachten.

Die Verhandlung geht heute, 9 1/2 Uhr, weiter.

Erhaltet das Rettungsamt!

Der Krankentransport muß einheitlich bleiben.

Nachdem durch die ablehnende Haltung der Stadtverordnetenversammlung in der Mitte des vergangenen Jahres der Plan, das Berliner Krankentransportwesen der Feuerwehr anzugliedern, gescheitert war, hörte die Öffentlichkeit nichts mehr von dieser Angelegenheit. In letzter Zeit mehren sich jedoch die Anzeichen dafür, daß bei gewissen Stellen der Stadtverwaltung dieser Plan wieder an Boden gewinnt. Es ist daher verständlich, daß der Betriebsrat des Berliner Rettungsamtes, zu dessen Aufgabengebiet das Krankentransportwesen gehört, die Belegschaft zu einer Versammlung zusammenberief, an der neben Vertretern des Amtes auch solche der Feuerwehr und der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion teilnahmen.

In dieser Versammlung wurden alle die Gründe eingehend erörtert, die gegen eine Verschmelzung des Krankentransportwesens mit der Feuerwehr sprechen. Da sie von allgemeinem Interesse sind, seien sie im folgenden kurz angeführt: 1. Das Rettungsamt besitzt zur Bewältigung des Krankentransportes zur Zeit 42 Wagen, die bei den beschränkten Verhältnissen auf den Feuerwachen ohne große Neu- bzw. Umbauten nicht untergebracht werden können. 2. Bei Krankentransporten von Patienten mit ansteckenden Krankheiten muß nach erfolgtem Transport eine Desinfektion von Wagen und Personal erfolgen. Diese Einrichtung ist beim Rettungsamt vorhanden, die Anschaffung würde bei der Feuerwehr mit erheblichen Kosten (es wurde der Betrag von 10 000 bis 12 000 M. genannt) verbunden sein. 3. Herzliche Gründe sprechen gleichfalls für eine Belassung beim Rettungsamt, da das geschulte Personal für die Behandlung der Kranken auf dem Transport und bei der Einweisung in Krankenhäuser besondere Erfahrungen hat, so daß es durch das Fahrpersonal der Feuerwehr unmöglich ersetzt werden kann. 4. Der Meldedienst der Feuerwehr müßte mit erheblichen Kosten ausgebaut werden, da besondere Rabel nach den Krankenhäusern, Rettungsstellen und dezentralisierten Meldestellen notwendig sind. 5. Die Ausrüstestärke bei der Feuerwehr ist so knapp, daß das Personal neue Aufgaben nicht übernehmen kann; wenn also nicht das gesamte Personal des Rettungsamtes übernommen würde, müßten bei der Feuerwehr neue Leute eingestellt werden. 6. Der Vertrag mit dem Wirt des Hauses Auguststraße 9, in dem die Zentrale des Rettungsamtes untergebracht ist, läuft noch



Familie Loriot Roman von Eise Möbius

Die letzten Tage vor den Sommerferien. Germaine sah im Konferenzzimmer und corrigierte einen Stoß französischer Hefte. „Il faut que tu vas —“ Germaine machte einen dicken roten Strich und setzte noch ein Ausrufungszeichen daneben! So was passierte dem Mutterkind Anneliese, ihrer besten Schülerin! Ja, die Mädchen waren mit ihren Gedanken schon weit draußen. Sie verstand sie gut — es ging ihr ja ebenso.

Der Schuldiener trat ein. „Ein Brief für Fräulein Doktor!“ sagte er mit einem listigen Ausdruck in den Augen und warf einen bedeutungsvollen Blick auf die Männerhandschrift des Briefumschlages.

Aber Germaine ging nicht auf seinen kleinen Scherz ein. Erschrocken nahm sie den Brief entgegen. Von Walter? Was hatte das zu bedeuten, daß er ihr nicht nach Hause schrieb! Hastig riß sie den Umschlag auf.

„Liebe Germaine, sende mir doch bitte Geld, soviel du kannst. Ich hatte Bech, es ist alles zusammen gekommen in letzter Zeit. Wenn die Mark stabilisiert wird, ist es ja besser, aber jetzt zerfällt alles in der Hand. Mach Dir keine Sorgen, es wird alles noch gut werden, es muß einfach gut werden. Hoffentlich kann ich in diesen Ferien nach Hause kommen. Laß mich nicht im Stich — Du brauchst ja Mama nichts von diesem Brief zu sagen, sonst ängstigt sie sich. Dein Walter.“

Aber mehr noch als der Inhalt erschreckte Germaine die Schrift. Sie war hastig und verwirrt, und die Zeilen zogen sich tief nach unten. So schrieb nur ein Kranker oder ein Mensch, der unter einer furchtbaren seelischen Depression stand. Unruhig ging sie auf und ab. „Es wird alles noch gut werden — hoffentlich kann ich jetzt nach Hause kommen“, und noch vor kurzem hatte er bereits den Tag seiner Ankunft angezeigt!

Entschlossen ging sie hinunter ins Direktorzimmer. Aber bez Vorgesetzte war heute schlechter Laune.

„Es fehlen schon drei im Kollegium, nun kommen Sie auch noch, Fräulein Loriot. Da ist es ja besser, wir schließen überhaupt die Bude zu. Und von den Schülerinnen verlangen wir, daß sie bis zum letzten Tag aushalten. Können Sie denn ihre Reise nicht um drei Tage verschieben?“

„Dann bitte ich Sie wenigstens um den morgigen Tag“, erwiderte Germaine. „Ich fahre dann bereits heute Mittag und komme übermorgen früh mit dem Nachtschnellzug zurück.“

„Morgen“, er sah auf den Stundenplan, der übersichtlich in Form farbiger Fähnchen an der Wand angeschlagen war, „da haben Sie bloß drei Stunden zu geben, die könnte man verteilen. Deutlich von 8 bis 9 könnte ich selbst übernehmen. Aber nun sagen Sie mir bloß mal, was ist denn mit Ihnen los? Ist was passiert? Was mit Walter?“ Germaine nickte wortlos. „Na, ich will nicht in Sie dringen, Sie werden Ihre Gründe haben, also fahren Sie in Gottes Namen.“

„Und, Fräulein Loriot“, rief er ihr nach, als sie schon an der Tür stand, „wenn Sie eben nicht mehr rechtzeitig zurückfahren können, dann telegraphieren Sie mir. Sie nügen ja mein Entgegenkommen nicht aus, das weiß ich!“

Frau Loriot begleitete die Tochter zur Bahn. „Ich bin sehr froh, daß du fährst“, sagte sie, „und daß du mir den Brief gezeigt hast. In einem solchen Fall ist Wahrheit das Einzige. Ich bin auf alles vorbereitet. Und fahre nicht ohne Walter nach Hause, was auch sein mag, Germaine!“

Der Morgen graute, als der Zug in die Bahnhofshalle des Zoo einfuhr. Germaine ging als eine der letzten Fahrgäste zur Sperre — sie hatte Zeit, denn jetzt konnte sie doch noch nicht in das Haus hineinkommen, in dem Walter wohnte. Vor sieben Uhr würde nicht geöffnet sein. Sie trat in einen Warteraum ein. Eine dumpfe, verbrauchte Luft schlug ihr entgegen. Da und dort saßen Schlafende auf den Bänken. Reins, sie hatte keine Lust hier zu bleiben, lieber ging sie spazieren. Sie trat hinaus in den frischen Morgen.

Es war bereits ganz hell geworden. Da und dort torkelten Nachtschwärmer, Autos fuhren vorbei. Reisende traten in die Bahnhofshalle. Zwei Blumenfrauen zogen einen kleinen Wagen, auf dem sich Blumentöpfe, blühende Sträucher und Schnittblumen befanden.

Germaine ging um die Hochschule für Musik herum, sie durchwanderte die angrenzenden Straßen und Anlagen. Endlich ging sie langsam Walters Wohnung zu.

Um dreiviertel Sieben wurde die Haustür aufgeschlossen. Ein junges Mädchen trat heraus. Es war die Tochter der

Wirtin, bei der Walter wohnte. Sie starrte Germaine an, als ob sie ein Gespenst sähe.

„Wie geht es meinem Bruder? Ist er krank oder was ist mit ihm“, sagte Germaine hastig.

„Krank — nein, das eigentlich nicht ... Kommen Sie doch zu Mutter — Ihr Herr Bruder ist auch schon lange auf ...“

Walter sah an seinem Tisch und schrieb, als Germaine eintrat. Er hatte Stöße von Briefumschlägen vor sich liegen, die er mit Aufschriften versah.

Mit einem Blick überfah Germaine das kleine Zimmer. Auf dem Sofa lagen Kissen und eine Bettdecke, es schien, als sei jemand eben erst aufgestanden. In Walters Bett aber lag eine Kranke. Germaine erkannte sie sofort wieder, trotz der spizen, zusammengefallenen Gesichtszüge.

„Germaine!“ Walter war aufgesprungen. Fassungslos starrte er die Schwester an. Er sah übernachtigt und abgezehrt aus, seine Kleidung war vernachlässigt, seine Hände zitterten.

Die Schwester erwiderte nichts. Sie setzte sich schwer auf einen Stuhl. „Ich bin furchtbar müde“, sagte sie endlich, „ich habe die Nacht in der Bahn zugebracht, aber mir wird schon besser werden.“

Walter stand immer noch bewegungslos. „Germaine“, sagte er noch einmal, „ja, aber um Gotteswillen ...“

Seine Schwester stand auf und goß sich aus der Karaffe, die auf dem Waschtisch stand, Wasser in ein Glas. „Nun geht es schon wieder“, sagte sie. „Diese Reise ist endlos, und die Zukunft war diesmal so ungünstig.“

Walter war auf seinen Stuhl zurückgesunken. Er warf die Arme auf den Tisch und legte den Kopf darauf. Es war eine verzweifelte, hoffnungslose Bewegung, wie sie ein Mensch ausführt, der seinen Rat mehr weiß und sich willenlos dem Untergang preisgibt.

Die Kranke warf einen bösen Blick zu Germaine hinüber. „Wäre besser, Sie würden uns helfen, anstatt uns Vorwürfe zu machen.“

Germaine strich sich über die Stirn. „Nichts liegt mir ferner als ein Vorwurf. Ich bin nur auf etwas anderes gefaßt gewesen, als gerade darauf — und wie soll ich hier helfen?“

Emmy Berg deutete auf den Tisch hinüber. „Sie sehen doch, wie es uns geht. Walter schreibt Adressen, jeden Tag einige tausend — woher sollen wir denn alles bezahlen? Und Sie haben doch Ihre glänzende Stellung, und dabei das Haus gehört Ihnen auch ...“

(Fortsetzung folgt.)

1/2 Jahre, so daß bei einer Herausnahme des Krankentransportwesens, wenn nicht eine andere Dienststelle der Stadt dorthin verlegt wird, die Räume leer stehen würden.

Unter Würdigung der eben angeführten Gründe kann man dem Magistrat nur den Rat geben, an der bisherigen Form des Krankentransportwesens nichts zu ändern, da man sicherlich nicht fehl geht in der Annahme, daß der Kammerer in der jetzigen Zeit kein Geld zu derart teuren Experimenten hat.

Die Jugendnot steigt.

Aber der Jugendhilfe droht Verfall.

Im großen Saal des Reichswirtschaftsrats tagte eine Konferenz zur Erhaltung der Jugendwohlfahrtspflege, an der sich zahlreiche Verbände beteiligten. Genosse Hermann Naab, Berlin, referierte über „Die Lage der Jugend unter der Wirkung der Wirtschaftskrise“. Genossin Reichstagsabgeordnete Juchacz hielt einen tiefbührenden Vortrag über „Jugendhilfe an erwerbslosen Jugendlichen“.

Die gemeinsame tiefe Anteilnahme am Schicksal der deutschen Jugend, so wurde ausgeführt, habe zahlreiche Kreise veranlaßt, um die Öffentlichkeit und vor allem Behörden und Parlamente auf die steigende Gefährdung von Kindern und Jugendlichen aufmerksam zu machen und zu kühnsten Handlungen aufzufordern. In Millionen von Familien der Arbeitslosen ist die Ernährung der Kinder ungenügend, Kleidung und Wäsche sind verbraucht, die Erziehungskraft der Familie wird durch Sorge und Verzweiflung zerstört. Dazu sind die Schulklassen überfüllt. Was geschieht, um die hieraus drohende Gefahr abzumildern? Die Jugendhilfe wird abgelehnt! Militär- und Säuglingschutz werden eingeschränkt, Fürsorgeämtern entlassen, Beratungsstellen aufgehoben, Speisungen vermindert, Gemeindepflegeleistungen eingezogen, Heilfürsorge aufgegeben, Kindergärten, Tagesheime, Horte geschlossen, Mittel für Jugendpflege und Sport gestrichen. Der offenen Jugendfürsorge wird durch die Verringerung der Sozialarbeiter die Möglichkeit pflichterhehlicher und erzieherischer Wirkung genommen; sie wird zum Leerlauf bürokratischer Verwaltungsmaßnahmen verurteilt. Mit allem Nachdruck wird deshalb gefordert, daß die Einrichtungen der Jugendhilfe so leistungsfähig erhalten werden, daß ihre Wirksamkeit der steigenden Jugendnot gewachsen bleibt. In einem Staat, der sich und seine Zukunft nicht selbst aufgeben will, muß in Zeiten der Not der Schutz der Jugend an der Spitze aller Hilfsmahnahmen stehen.

Erhaltung und Erhöhung, nicht aber Abbau der Jugendhilfe ist das Gebot der Stunde.

Rätselhafter Unfall eines Chauffeurs.

Schwerverletzt ins Stettiner Krankenhaus gebracht.

Verschwinden war seit Montag der 22 Jahre alte Chauffeur Gerhard Liebelt, der bei seinen Eltern in der Schönwalder Straße 4 wohnt. Der junge Mann war mit einem Lastauto der Kartonnagenfabrik von Wschitowski, Kottbuser Damm 79, nach Stettin gefahren. Liebelt war bei der Firma Wschitowski angestellt. Sein Chef stellt ihn ein sehr gutes Zeugnis aus. Er hat stets seine Arbeit verrichtet, war kein Trinker und hat sich fremden Leuten gegenüber immer zurückgehalten. Man weiß von Liebelt, daß er ein durchtrainierter Sportmann ist. Er betreibt neben dem Fußball, den Bogensport. Nachdem der Chef Liebels Vermisstenanzeige gemacht hatte, arbeitete die Berliner Vermisstenzentrale und der Polizeifunk. Sämtliche Polizeistationen in Brandenburg und Pommern wurden von dem Verschwinden des jungen Mannes verständigt. Während die Polizeibehörden auf der Suche nach Liebelt waren, ist er ganz überraschend und in äußerst bedenklichem Zustand schwerverletzt aufgefunden und in das Krankenhaus in Stettin gebracht worden.

In später Abendstunde konnte der rätselhafte Fall endlich aufgeklärt werden. Der junge Liebelt ist das Opfer eines schweren Autounfall geworden. Am Montagabend ist der Wagen des Liebels bei Garz a. d. Oder mit einem Lastauto aus Landsberg zusammengefahren. Liebelt wurde schwer verletzt. Er erlitt eine schwere Brustquetschung und eine klaffende Kopfwunde. Ein Privatauto brachte ihn sofort ins Stettiner Krankenhaus. Das Lastauto ist ebenfalls nach Stettin abgeschleppt worden.

240 000 Wohlfahrtsarbeiter in Berlin.

Die Zahl der Wohlfahrtsarbeiter in Berlin — das sind arbeitsfähige, arbeitslose Personen, die keinen Anspruch auf Leistung aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge oder aus der Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit haben, eine Bescheinigung des Arbeitsamtes über ihre Eintragung in die Liste der Arbeitsuchenden besitzen und aus städtischen Fürsorgemitteln leben. Nach der Stichtagszählung am 30. November 1931 betrug sie (ohne Rotstandsarbeiter) 204 070 gegenüber 192 708 am Ende des Vormonats; sie hat demnach um 5,9 Proz. zugenommen. Unter den am 30. November 1931 gezählten Wohlfahrtsarbeitern befanden sich 96 81 Fürsorgearbeiter; am Ende des Vormonats waren es 10 835.

Maßnahmen gegen Mordsturm 33

Stützpunkt der Charlottenburger SA. geschlossen

Der blutige Straßenkampf in Charlottenburg in der Nacht zum Donnerstag, bei der ein 21 Jahre alter kommunistischer Arbeiter Walter Kusche durch einen Halschuß getötet wurde und zwei seiner Parteifreunde schwere Beden- und Armschüsse erlitten, hat die Politische Polizei zu schnellem und energischem Handeln veranlaßt.

Wie die Ermittlungen ergeben haben, ist der nächtliche Kampf von den Charlottenburger Haltenkreuzlern provoziert worden. Dem kommunistischen Vokal in der Hohmeyerstraße sollte ein nationalsozialistischer „Besuch“ gestattet werden, und als die Kommunisten zur Abwehr schritten, wurden sie einfach über den Haufen getrollt.

Es scheint festzustehen, daß an der feigen nationalsozialistischen Bluttat der verächtliche Mordsturm „33“ einen Hauptanteil hatte.

Mehrere SA-Banditen des Mordsturms „33“, der schon mehrere Arbeiter auf dem Gewissen hat, waren mit geladenen Pistolen bewaffnet und, als es zu dem Zwischenfall kam, wurde auf die Gegner sofort ein wütendes Pistolenfeuer eröffnet. Der Hauptstützpunkt der Prätorianergarde Hitlers war bisher das sogenannte Sektionsheim (SA.-Heim) der Sektion Charlottenburg-Lützow und des Sturmes „33“ des Gaus bzw. der Untergruppe Berlin der NSDAP in der Berliner Straße 93. Hier befanden sich Büro, Aufenthalts- und Wadräume sowie ein Raum für

die ständig in dem Sektionsheim anwesenden „rauhes Kämpfer“ des Herrn Hitler. In dem Hause herrschte stets Betrieb; der Charlottenburger Sturm war sehr rührig. Wo es zu plündern oder zu schleichen gab, war auch der Mordsturm „33“ mit von der Partie.

Häufig genug beschwerte sich die republikanische Bevölkerung Charlottenburgs über das gefährliche Treiben der Hitlerbanditen.

Jetzt endlich greift die Behörde energisch durch. Es war aber auch höchste Zeit. Das beweist wieder die nächtliche Bluttat von vorgestern, die abermals ein junges Menschenleben gefordert hat.

Wie die Politische Polizei erklärt, ist die Schließung des gesamten Sektionsheimes auf Grund der dritten Rotverordnung wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erfolgt, „weil nach den Umständen zu befürchten ist, daß die Räume des Sektionsheimes von einer Mehrheit von Personen als Sammelstelle oder Stützpunkt für Gewalttätigkeiten benutzt wurde.“

Gestern abend wurden an zwei Stellen die Fensterhebeln nationalsozialistischer Parteikontakts durch Steinwürfe zertrümmert. So wurden die Scheiben der Rastlokalen in der Leibniz- Ecke Goethestraße Charlottenburg und in der Posener Straße 25 am Schlesischen Bahnhof eingeworfen. Verletzt wurde niemand; zwei mutmaßliche Fensterstürmer wurden festgenommen.

Schüsse bei „Walterchen“.

Weil Schulke zu fest tanzte.

Eine wilde Eifersuchtszene spielte sich in der Donnerstagnacht in dem Vergnügungskloak von „Walterchen“ dem Seelen- tröster“ in der Holzmarktstraße 72 ab.

Der 32 Jahre alte Landwirt Gustav Schulke aus der Markussstraße hatte so eifrig getanzt, daß die Seelen verschiedener Damen für ihn erglühten, während die Seelen der Abgehängten langsam aber sicher ihren Endpunkt erreichten. Aus dem Wort- geschicht entwickelte sich eine wilde Schlägerei der jungen Leute. Der Wirt Pfeffel, genannt „Walterchen“, unterstützt von dem Kontroleur Winkelmann und dem Portier Jörg, mühten jetzt in die Schlichter zu ziehen. Schließlich hatten sie auch Schulke und seine beiden Freunde abgedrängt, und alle drei standen jetzt in der Garderobe, um sich anzusehen. Walterchen hatte mit seiner Streitmacht den Eingang zum Ballotat versperrt, um eine neue Attacke der Ausgemieteten zu verhindern. Im Saale selbst herrschte schon wieder Frieden und die Paare tanzten weiter. Schulke wollte aber nicht gehen, ohne einen Abschiedsgruß hinterlassen zu haben. Er zog eine Pistole, die wohlweislich mit Kugelbunt geladen war, und feuerte drei Schüsse auf die Wächter der Stätte, wo er noch kurz zuvor Herzen gebrochen hatte. Die Schüsse trafen. Walterchen wurde an der Wange, Winkelmann am Halse und Jörg an der linken Hand „angekratzt“. Sie mühten zur Rettungstelle gehen, sich dort verbinden zu lassen. Die Garderobefrauen hatten inzwischen Polizei herbeigerufen und Schulke mußte mit seinen Freunden den Weg zur Wache antreten.

Organisation klappt!

800 Mann binnen 4 Stunden. — Ein Referat Künstlers.

In Baumshuldenweg konnte am Mittwochabend eine öffentliche Versammlung, die angekündigt war, wegen der inzwischen in Kraft getretenen Rotverordnung nicht mehr abgehalten werden. Also wurden mehrere Abteilungen zusammengezogen und zum Besuch einer neu anberaumten Parteiverammlung eingeladen. Erst nach 4 Uhr nachmittags konnte damit begonnen werden, die Parteimitglieder zum Besuch aufzufordern. Um 8 Uhr abends war der große Saal im Alten Eierhaus an der Spree überfüllt. Mehr als 800 Mann waren erschienen.

Genosse Künstler sprach über die politische Lage, besonders über die Rotverordnung, deren Inhalt er unter lebhaftem Beifall sehr scharf kritisierte. Dann wies er auf die Schwierigkeit der Entscheidung hin, die die Reichstagsfraktion zu fällen habe und auf die Gefahr einer Zerschlagung der Arbeiterorganisationen durch den Faschismus. „Wie auch die Entscheidung fallen mag“, so schloß Genosse Künstler, „wir dürfen uns nicht die Partei verärgern und ourselves lassen, sondern müssen ihr Treue halten. Wenn wir ihr treu bleiben, dann kommen wir über die Krise hinweg. Schlimmstes Verbrechen ist Fahnenstich! Halten wir Treue untereinander, denn wir sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden.“

Der Appell an die Einheit fand stürmischen Beifall. Eine angeregte, äußerst sachliche, von der Treue zur Partei getragene Diskussion schloß sich an.

Kriminalkommissar unter Anklage.

Betrug, Amtsmißbrauch, Kredit- und Heiratschwindel.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann gestern der Prozeß gegen den Berliner Kriminalkommissar Oskar Dubral, der sich wegen Betruges, teils vollendeten, teils versuchten, in 23 Fällen und wegen Amtsmißbrauchs zu verantworten hat und endete mit seiner Verurteilung.

Der Fall Dubral hatte in der Öffentlichkeit dadurch noch besonderes Aufsehen erregt, daß gegen ihn außer den zahlreichen Betrugsanzeigen auch die Beschuldigung des Meineides und der Bestechung erhoben wurde. Die Bestechung der Bestechung hat sich gleich als haltlos erwiesen, und auch das Meineidsverfahren ist eingestellt worden. Nach der Verhaftung Dubrals hatte die Ehefrau mit ihrem Sohn einen Selbstmordversuch unternommen. Dubral lebte von seiner Familie getrennt und befand sich in Schulden. Er hat sich nun auf jede Weise Geld verschafft. Eine Reihe von Kriminalbeamten, die seine Untertanen waren, hat er unter der Vorpiegelung günstiger Vermögensverhältnisse veranlaßt, ihm Partikeln von 50 bis 1000 Mark zu geben. Außerdem hat er eine große Menge von Waren auf Kredit aus Geschäften entnommen, darunter goldene Uhren und Schlafzimmereinrichtungen, und hat die Sachen trotz des Eigentumsvorbehalts der Firmen weiterverkauft. Bei einigen Geschäften dieser Art hat der bereits erheblich vorbestrafte Kaufmann Karl Levy mitgewirkt. Weiter soll Dubral auf seiner Jagd nach Geld sogar zu dem Mittel des Heiratschwindels gegriffen haben. Er hatte sich bei einer Frau, die ein Heiratsinformat ausgegeben hatte, als Bewerber gemeldet und sich dabei als unverheiratet ausgegeben, und es gelang ihm, auch hier einen Pump anzulegen.

Der Angeklagte Dubral verteidigte sich damit, daß er nicht auf Betrug ausgegangen sei. Seine Verbindlichkeiten seien nicht so groß gewesen, daß er sie nicht hätte später decken können. Er hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Bis er 1921 als Grenzkommissar in Stettin war, kam er bereits in den Verdacht, strafbare Handlungen begangen zu haben, und es wurde gegen ihn eine Anklage wegen Amtsverbrechens, Bestechung und Devlissergehens erhoben, jedoch wurde er freigesprochen. 1927 gelang es ihm, beim Berliner Polizeipräsidium Anstellung als Kriminalsekretär zu erlangen. 1929 wurde er Kriminalkommissar. Der Mitangeklagte Levy ist des Betruges in drei Fällen angeklagt.

Staatsanwaltschaftsrat Lotté beantragte, den Kriminalkommissar Oskar Dubral wegen fortgesetzten, vollendeten und versuchten Betruges und wegen Amtsmißbrauchs zu neun Monaten und zwei Wochen Gefängnis zu verurteilen und ihm auch die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren abzunehmen. Gegen den mitangeklagten Kaufmann Karl Levy beantragte der Staatsanwalt wegen Betruges in drei Fällen drei Monate Gefängnis.

Das Gericht verurteilte den Kriminalkommissar Dubral wegen fortgesetzten, teils vollendeten, teils versuchten Betruges und wegen versuchter Erpressung zu neun Monaten Gefängnis. Der mitangeklagte Kaufmann Levy wurde mangels Beweises freigesprochen.



Kaiser's Fest-Kaffee

Ausgewählte Mischungen In 1/2 Pfd. Geschenkdosen 3.⁶⁰ Für den Haushalt d. Pfd. von 2.⁴⁰ bis 4.⁰⁰ d. Pfund in 1/2 Pfd. Geschenkdosen 1.⁸⁰ 1.⁷⁶ 1.⁸⁴ 1.⁹⁶ 2.¹⁶

Kaiser's Tee Verschiedene Geschmacksrichtungen auch in Geschenkdosen zu 250 gr 3.⁵⁰ zu 200 gr 2.⁸⁰

KAKAO · SCHOKOLADEN · PRALINEN · KEKSE

WEIHNACHTS-ARTIKEL MARZIPAN U. SCHOKOLADEN-FIGUREN BAUMBEHANG U. GEBÄCK VON AUSGEZ. QUALITÄT EIGENER HERSTELLUNG

AUSSER 5% ZUCKER RABATT IN MARKEN

FÜR DEN FESTKUCHEN AUSZUGMEHLE SULTANINAT KORINTHEN MANDELN CITRONAT NUSSE VANILLE GEWÜRZE

Die Ausgabe unserer Weihnachtsgeschenke bei Einlösung von Weihnachts-Sparbüchern hat begonnen.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

ÜBER 1500 FILIALEN

Aus dem Stadtgemeindevorschuss. Gegen Benachteiligung der Erwerbslosen durch Verlegung von Dienststellen.

Im Rathaus trat gestern der Stadtgemeindevorschuss zusammen, um die aufgelaufenen Vorlagen und die eingebrachten Anträge zu erledigen.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die geplante Verlegung der Arbeitsnachweise, der Berufsberatungstellen und der Versicherungsabteilung des Arbeitsamtes Berlin-Süd nach Reutkölln, Sonnenallee. Berichterstatter hierüber war Bürgermeister Dr. Elias. Es wurde auf Empfehlung der Sozialdemokraten ein Beschluss angenommen, in dem es heißt: Der Stadtgemeindevorschuss ersucht den Oberbürgermeister, die städtischen Vertreter der öffentlichen Körperschaften im Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts Brandenburg zu veranlassen, dahin zu wirken, daß durch die Verlegung von Dienststellen von Berliner Arbeitsämtern nach dem neuen Gebäude in der Sonnenallee Schwierigkeiten und Schädigungen der Erwerbslosen vermieden werden, zum Beispiel durch eine Venderung der Abgrenzung der Arbeitsämter.

Die Beratung der Vorlage über die Festsetzung des Ruhegehaltsdiensthalters von Magistratsmitgliedern, wofür als Berichterstatter Bürgermeister Lange vorgelesen war, wurde vertagt. Der Stadtgemeindevorschuss mußte schließlich noch die 78.800 M. bewilligen, die Berlin für den Stahlhelm-Razikollkosenfeld ausbringen muß. Der Ausschuss erledigte ferner eine Reihe von Vorlagen über Fluchtlinienpläne, Bebauungspläne und den Freilächplan für die Baumgarteninsel im Bezirk Köpenick.

Berlin und die Notverordnung.

Besprechungen zwischen Goerdeler und Bürgermeister Elias

Die Auswirkungen der Notverordnung auf die Kohstoffpreise (Kohle, Frachten) werden zur Zeit bei den hierfür in Betracht kommenden Werken nachgeprüft; ebenso die Auswirkungen der erhöhten Umsatzsteuer. Zwischen dem Reichskommissar Oberbürgermeister Dr. Goerdeler und Bürgermeister Elias, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, hat gestern die erste Fühlungnahme stattgefunden, bei der insbesondere die Frage der Beförderungssteuer Gegenstand der Aussprache war. Die Besprechungen hierüber werden Anfang der nächsten Woche fortgesetzt.

Geistlicher als Sittlichkeitsverbrecher.

Das Schöffengericht Lichtenberg unter Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Köhler verurteilte am Donnerstag den Hausgeistlichen Gampert des katholischen Joseph-Helms in Weihensee wegen Sittlichkeitsverbrechens in 14 fortgeführten Fällen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Der Haftbefehl wurde aufrechterhalten. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf zwei Jahre und drei Monate Gefängnis. Nach dem Gutachten des Rechtsanwaltes Booter wurden dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt, da er ein Mensch sei, der normale Hemmungen nicht mehr aufzubringen vermag. Für die Dauer des Prozesses war die Öffentlichkeit sowie die Presse ausgeschlossen.

Siedler am Ende?

Um die Schwanter Erwerbsgärtneriedlung — Eine Erwiderung

Von einem Siedler aus Neu-Schwante wird uns geschrieben:

Der Artikel in der ersten Beilage des „Vorwärts“ Nr. 531 vom 12. November d. J. ist geeignet, von den Siedlern in Neu-Schwante ein Bild zu entwerfen, das den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird. Wenn es auch zutrifft, daß es einigen Siedlern sehr schlecht geht, so liegt doch kein Grund vor, vom Sterben der Erwerbsgärtneriedlung zu schreiben. Was hier draußen im Gange ist, ist nur eine Art Reinigungsprozess, wie er in Krisenzeiten ja immer in Erscheinung tritt. Und diese Reinigung ist so bitter notwendig, daß man sie nur begrüßen kann; so unangenehm sie auch für die Betroffenen ist.

Es geht doch nicht an, daß einer, der Siedler geworden ist, nun lebenslanglich von Staat, Kreis, Gemeinde oder sonstigen Geldgebern sozialer Zuzug erhält — Res: Kredite aufnimmt —, daß er nach seiner Art wirtschaften kann und sich über die chernen Gelehe von Handel und Wandel hinwegsetzt. Wenn man einen Betrieb im Eiltempo aufbauen will, und das nur mit Hilfe fremden Geldes, so muß unweigerlich eines schönen Tages das Kartenhaus zusammenstürzen.

Tatsache ist, daß einige der Herren Siedler sich an Krediten übernommen haben, die aufgenommenen Gelder nicht restlos zu verbenden Anlagen verwendeten, sondern den großen Herrn markierten und nun mit ihrer Kunst am Ende sind. Es ist weiter zu verzeichnen, daß einer, der ein guter Arbeiter oder auch Antreiber ist, noch lange kein guter Meister zu sein braucht, der selbstständig arbeiten und disponieren kann. So hatte beispielsweise der Siedler Nr. 2, der Kritiker, es einmal fertiggebracht, plötzlich fünf Frauen zum Pfücken und Bündeln der grünen Petersilie in

seinen beiden Gemächshäusern anzustellen, um den ganzen Regen auf einmal auf den Markt zu werfen, der damit schon überschwemmt war. Der Erfolg war, daß die gesamte Ware, weil unverkäuflich, auf den Abfallhaufen manderte. Der Arbeitslohn, die Kosten für Heizung der Häuser und die Frucht waren umsonst ausgegeben.

Und bei dieser Art Siedler ist jeder ein schlechter Kerl, der Geld von ihnen verlangt; ob das nun für Zinsen oder rückständige Gemeindeabgaben und Steuern sein soll, ob Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung, die sie den bei ihnen Beschäftigten einbehalten hatten, aber versäumten abzuführen.

Wenn dann der mit der Einreibung der rückständigen Gelder beauftragte Amtsvorsteher pfänden läßt, dann ist er der schlechte Kerl. Wird nicht jedem Lohn- oder Gehaltsempfänger die Steuer abgezogen, ehe er den verdiensten knappen Lohn überhaupt in die Finger bekommt? Haben alle die Ungenannten ihre Spargroschen zur Kasse gebracht, damit es zur Selbständigmachung von unsfähigen Gärtnern verwendet werden sollte, um auf Rimmerwiedersehen verloren zu gehen, oder geschah es in der Voraussehung, daß die Zinsen gezahlt und zu gegebener Zeit der Kredit abgedeckt werden sollte, damit der sauer ersparte Rotgroßchen für das Alter erhalten blieb?

Zum Glück sind der größte Teil der Schwanter Siedler Leute, die es wert waren, angefedelt zu werden. Das sind die stillen, die nicht bei jeder Gelegenheit das große Wort führen, aber ehrgeizig sind, die übernommenen Verpflichtungen auch zu erfüllen. Sie schaffen es auch; denn sie hatten nicht nur den Ehrgeiz, einen großen Betrieb hinzustellen, sondern — in der Beschränkung zeigt sich der Meister — ihr Ziel war, sich eine gesunde Existenz zu schaffen.

Dito Scholz.

Kirche läßt nicht mit sich spaßen.

Neun Monate Gefängnis für Beschimpfung.

Das Schöffengericht Wedding verurteilte am Donnerstag den Zeitungspediteur Adolf Pogede, der Mitglied des Bundes politischer Freidenker ist, wegen Gotteslästerung und Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen, über den Antrag des Staatsanwaltes von sechs Monaten Gefängnis hinausgehend, zu neun Monaten Gefängnis. Die Bewährungsfrist wurde abgelehnt. Pogede war der verantwortliche Leiter der in den Pharusälen in der Müllerstraße am 8. März d. J. eröffneten zweiten großen Berliner Presse- und Kulturausstellung, in der lediglich literarische Erzeugnisse der verschiedenen kommunistischen Verlage gezeigt wurden. Am 13. März war die Ausstellung unter Beschlagnahme von 20 Ausstellungsgegenständen geschlossen worden. Mit der Ausstellung sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Kirche ihre eigenen Geldinteressen und ihrem eigenen Wohlleben dient, die Armen ausnütze, das Volk verdumme, Verbrechen deckt und den Krieg fördert.

Die Verkaufszeit an den beiden nächsten Sonntagen.

Mit Ermächtigung des Ministers für Handel und Gewerbe hat der Polizeipräsident für den Ortspolizeibezirk Berlin die Beschäftigung von Arbeitnehmern im Einzelhandel und den Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, den 13. und 20. Dezember 1931, in der Zeit von 15 bis 19 Uhr freigegeben. Arbeitnehmer, die an diesen Sonntagen über 18 Uhr hinaus beschäftigt werden, ist bis zur Aufnahme ihrer Arbeit am folgenden Werktag eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 12 Stunden zu gewähren. Die in der Verordnung vom 15. Juni 1931 über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zugelassenen Ausnahmen werden hierdurch nicht berührt.

Bestrafter Beleidiger. Der Würzburger Universitätsprofessor Gaus wurde wegen Beleidigung des sozialistischen Schriftstellers Carl Credé zu einer beträchtlichen Geldstrafe verurteilt. Gaus hatte Credé in einer Polemik einen „ehemaligen Justizhauer“ genannt.

das frohe Lachen!

Tagtäglich können wir's in unseren Geschäftsräumen beobachten

Das C. & A.-System nämlich hat es geschafft, auch in den niedrigen Preislagen Qualitätsware herauszubringen, und gibt damit Hunderttausenden die Möglichkeit, gute, moderne Kleidung zu tragen, ohne dafür so viel Geld ausgeben zu müssen.

Qualitäts-Kleidung zu C. & A.-Preisen — das ist eine der nettesten Ideen, um zum kommenden Weihnachtsfest „Freude zu schaffen!“

Helfen Sie, daß Weihnachten im Zeichen des „frohen Lachens“ steht (unsere Preise machen es Ihnen wirklich leicht) — und — —

Reinwoll. Herren-Pullover mit Ärmeln 490	Praktische mollig-warme Hausjacke 690	Reinwollene flotte Knickerbocker-Hose 690	Gefütterte Winter-Ladenjoppe 775
Mod. Ulster-Paletot in reiner Wolle 2450	Blauer Anzug in reinem Kammgarn 2825	Knaben-Strickanzug, reine Wolle für ca. 1-2 Jahre 390	Schöner Knaben-Pullover, für ca. 1-2 Jahre 75 Pf.

GEHEN SIE ZU C & A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Unsere Geschäftsräume sind am Sonntag, dem 13. Dezember, von 15 bis 19 Uhr geöffnet!

Brüning selbst verhandelte, die jüngsten Presseempfindungen Hitlers im Kaiserhof fanden im Beisein Görings statt und Hitler ließ sich bei dieser Gelegenheit mit Göring zusammen fotografieren: es ist also im Grunde genommen genau dasselbe, wie wenn das Interview im „Messager“ von Hitler selbst stammen würde.

Dementieren kann Göring unmöglich nach der ausdrücklichen Feststellung des italienischen Berichterstatters. Nun könnte zwar Hitler diesen engsten unter seinen Mitarbeitern desavouieren. Ob er das tun wird, ist überaus zweifelhaft. Aber selbst wenn er es täte, würde sich jedermann lächerlich machen, der ein solches Abdrücken ernst nehmen würde. Gerade das Verhalten Hitlers gegenüber Dr. Best beweist zur Genüge, was von der Aufrichtigkeit derartiger Desavouierungen durch den Parteiführer zu halten ist. Das sind plumpe Täuschungsmanöver, um die Regierung in den Glauben an die „Legalität“ der Hitler-Bewegung zu wiegen.

Hitler hat durch seinen engsten Vertrauensmann in aller Öffentlichkeit dem Reichskanzler Brüning den Fehdehandschuh hinwerfen lassen, er hat ihn in einer ausländischen Zeitung verhöhnen und beschimpfen lassen.

Jetzt hat der Reichskanzler das Wort — aber nicht nur um zu reden!

Hitler geht zu Mussolini.

Rom, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

In Rom verlautet, daß Hitler Anfang Januar die italienische Hauptstadt besuchen wird. U. a. soll ein Empfang bei Mussolini in Aussicht genommen sein.

Bests Ultimatum an das Zentrum.

Parole: Friß oder stirb!

München, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Die „Bedingungen“ der heftigen Nazis zur Frage der Regierungsbildung an das heftige Zentrum lauten:

1. Die Zahl der Minister wird auf einen — den Staatspräsidenten — beschränkt. Der Staatspräsident wird von der NSDAP gestellt. 2. Sämtliche Ministerien werden von einem, nämlich dem Staatsministerium, mit je einer Abteilung für Inneres, Finanzen, Justiz und Bildung vereinigt. 3. Sämtliche Staatsratsstellen werden sofort gestrichen. 4. Die heftige Befandtschaft beim Reich wird aufgehoben und durch eine mit einem höheren Beamten besetzte Geschäftsstelle ersetzt. 5. Alle Parteibuchbeamten ohne die vorgeschriebene Fachbildung werden sofort ohne Ruhegehalt entlassen. 6. In der Zentralstelle werden — im Sinne des Gutachtens des Reichspartei-Kommissars — zahlreiche Funktionen teils abgebaut, teils auf mittlere Behörden verteilt. Zahlreiche Stellen werden teils sofort, teils mit der Durchführung der Verwaltungsreform gestrichen. 7. Das Gehalt des Staatspräsidenten wird auf 12.000 Mark im Jahr festgelegt. 8. Die Ministerpensionen und die Höchstgehälter und Höchstpensionen in Staat und Gemeinden werden in dem nächsten Herbst herabgesetzt, daß das Höchstmaß 12.000 Mark im Jahre ausmacht. 9. Die Zahl der Abgeordneten des heftigen Landtages wird auf 30 herabgesetzt. 10. Die Bezüge der Abgeordneten des heftigen Landtages werden auf den Ertrag der wirklichen Ausgaben herabgesetzt. 11. Die Kultur- und Schulpolitik wird dem christlich-nationalen Grundgedanken eingestrichen und hat sofort den schärfsten Kampf gegen Schmutz und Schand und gegen die marxistisch-jüdische Kulturzerstörung aufzunehmen. 12. Die heftige Regierung tritt im Reichsrat für eine Politik des entschiedenen nationalen Widerstandes gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für jede Möglichkeit eines aktiven Freiheitskampfes ein.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP bemerkt in einem Kommentar zu diesem Programm der heftigen Nationalsozialisten, daß es sich hier um ein unteilbares Ganzes und um ein Mindestprogramm handele und daß keine Kompromisse gemacht werden könnten. Wenn die Durchführung dieser zwölf Punkte den Nationalsozialisten, die bereit wären, die volle Verantwortung zu übernehmen, unmöglich gemacht würde, dann müßten Neuwahlen stattfinden.

Das ist ein förmliches Ultimatum an das Zentrum. Es wird aufgefordert, die gesamte Regierung Heffens der NSDAP auszuliefern — vielleicht an Dr. Best —, Gegenforderungen werden nicht zugelassen. Heffen soll ein Ueberbraunschweig werden, und das Zentrum soll sich nach dem Vorbild der Braunschweiger bürgerlichen Parteien in Heffen an die Wand drücken lassen, daß es quietst.

Heute Antwort des Zentrums.

Darmstadt, 10. Dezember.

Der Parteivorstand der heftigen Zentrumspartei, der heute hier tagte, befaßte sich mit den nationalsozialistischen Vorschlägen zur Regierungsbildung. Die Antwort des Zentrums wird morgen vormittag den Nationalsozialisten schriftlich überreicht und dann sofort der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Die britischen Schutzzölle.

Regierung Macdonald leistet noch Widerstand.

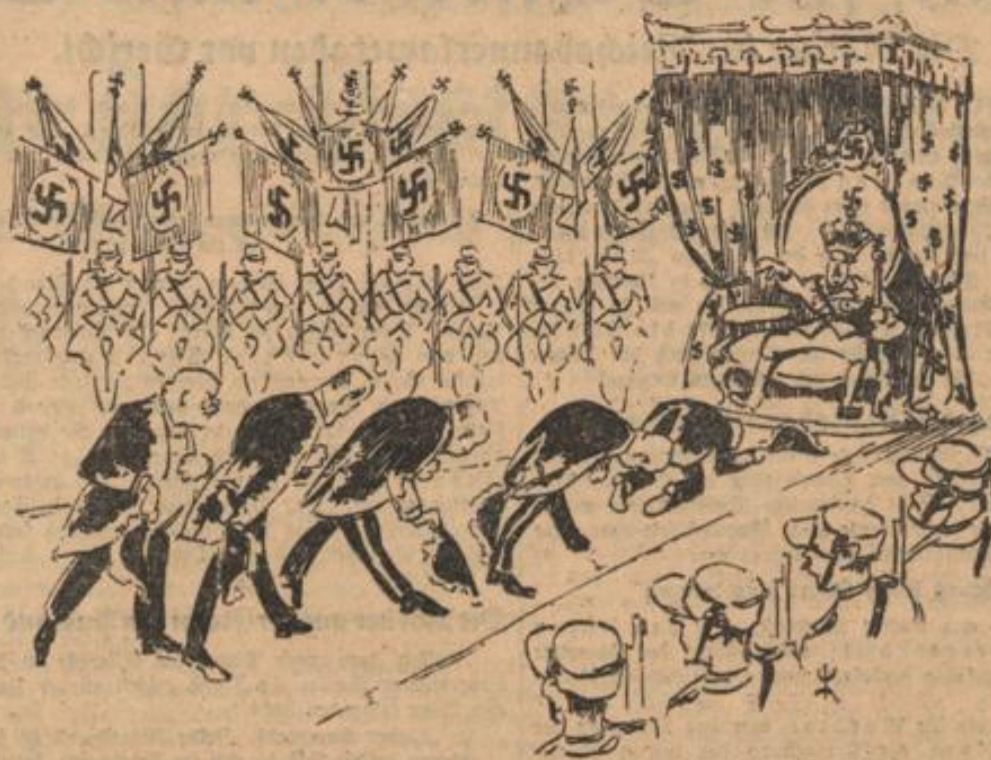
London, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Premierminister kündigte dem Unterhaus für den morgigen Freitag Vorlesung bis 2. Februar an, doch wird das Parlament schon vorher tagen, sollten außerordentliche Umstände dies erfordern. Was die Regierung in dieser ersten Sitzungsperiode des „nationalen“ Parlaments an Gesetzesarbeit geleistet hat, haben jedoch die Sozialisten Lansbury und Sir Stafford Cripps nach Gebühr kritisiert. Die Debatte zeigte, daß die Arbeiterpartei sich von dem schweren Schlag der Wahlen zu erholen beginnt und trotz ihrer kleinen Vertretung im Parlament die Opposition mit Geschick und politischer Vorsicht führt. Wie sich aber auch gleich gezeigt hat, ist

die Regierung entschlossen, der konservativen Forderung auf Zölle für Eisen und Stahl nicht nachzugeben.

Der Handelsminister erklärte, daß die Regierung solche Zölle als Präzedenzfall für oder gegen ihre protektionistische Gesinnung betrachte; die Stahl verarbeitende Industrie bedürfe vor allem des Schutzes und dürfe nicht durch Zölle auf ihr Rohmaterial in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Solange die Regierung sich dem Druck der Konservativen in dieser Beziehung zu widersetzen vermag, kann man sagen, daß sie noch nicht schuldlos geworden ist.

Man übt im Braunen Hause.



Adolf I. übt in seinem Palazzo, die Ambassadeure der Feindbundmächte zu empfangen.

Ein Kernproblem der Staatspolitik

Staatssekretär Popitz über das System und die Not der Gemeindefinanzen.

Im Rahmen eines Vortragsabends der Deutschen Gesellschaft 1914 sprach am Donnerstag Staatssekretär z. D. Professor Dr. Popitz über das Thema „Die Gemeindefinanzen als Kernproblem deutscher Finanzpolitik“.

Nach Popitz ist unsere gegenwärtige Situation derart, daß das Gemeindesteuersystem auf einer völligen Isolierung jener Steuern beruht, die für die Gemeinden bisher noch beweglich waren. Dies sind die Realsteuern, die in den letzten Jahren durch eine Uebersteigerung der Sätze in der Öffentlichkeit stark anrüchlich geworden sind. Jetzt haben sie ihre Beweglichkeit obendrein verloren, da sie eingezoren sind. Das Reich hat wohl in der Bürgersteuer einen Anstoß gemacht, um das Einfrieren der Realsteuern auszugleichen. Dieser Anstoß genügt aber bei weitem nicht. Hierzu etwas anderes:

Das Steueraufkommen für alle Gemeinden ist absolut unzulänglich für ihren Aufgabenkreis geworden. Diese Tatsache ist geeignet, den Unterbau des Staates zu erschüttern und tödliche Gefahren für die Selbstverwaltung heraufzubehorden.

Der Gedanke der Selbstverwaltung muß in dem Augenblick zu Grabe getragen werden, wo die Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, den großen Massen Erwerbsloser in wirtschaftlichen Notzeiten zu helfen. Es hat auch zu anderen Zeiten schon frante Gemeinden gegeben. Es sei in diesem Zusammenhang nur an das Wort eines Abgeordneten im Preussischen Landtag bei der Beratung des Kommunalabgabengesetzes 1803 erinnert, der seinerzeit fordernte, „in dem Haus am Kastanienwäldchen (dem Preussischen Finanzministerium) eine Poliklinik für frante Gemeinden zu errichten“. Wenn man dieses Wort ausgreift, müßten heute in der Wilhelmstraße Epidemiebaracken für die franten Gemeinden errichtet werden.

Ueber den Aufgabenkreis der Gemeinden muß man sich völlig im Klaren sein. Diese Aufgaben müssen, lokal bedingt, total sein. Hierzu gehört vor allem die Versorgung der Krisenopfer, also der Erwerbslosen. Für den organischen Aufbau des Staates ist es ein großes Unglück, daß die Hilfe für die Erwerbslosen in drei Teile zerrissen ist und der schwie-

rigste Teil den Gemeinden überlassen wurde. Man muß die Einnahmen der Gemeinden so gestalten, daß sie der schweren Aufgabe in der jetzigen Krisenzeit gewachsen sind. Hierzu sind die Gemeinden aber nur durch

eine steuerliche Sonderaktion

in der Lage. Dieser Sonderaktion muß in einer planmäßigen Sonderabgabe des Reiches — im Gegensatz zu den willkürlichen Anleihen der letzten Jahre — bestehen. Diese Sonderabgabe des Reiches ist als ein gleitender Notbeitrag anzusehen, der mit der Besserung oder Verschlechterung der Verhältnisse steigt und fällt. Die normalen Ausgaben der Gemeinden müssen durch ein Steuersystem gedeckt werden können, das beweglich ist und Anpassung an die besondere Struktur der einzelnen Kommunen gestattet. Die Realsteuern müssen trotz ihres schlechten Rufes erhalten bleiben. Sie sind diejenigen Steuern, die am besten in ihr Verhältnis zu den Steuern der breiten Massen gesetzt werden können. Von einem guten Gemeindesteuersystem muß erwartet werden, daß es der politischen Kräfteverteilung entspricht.

Prof. Popitz forderte in diesem Zusammenhang die Bekämpfung des Wohnbedarfs, indem er die Wohnsteuer als die große kommunale Personalsteuer bezeichnete, bei der die sozialen Leistungen möglich seien. Die Einführung dieser Steuer wäre noch vor wenigen Tagen vor der neuen Ratverordnung ohne zusätzliche Belastung der Steuerzahler möglich gewesen, wenn man 10 Proz. der Friedensmiete zum Beispiel für diese Steuer aus der Hauszinssteuer abgezweigt hätte.

Auch wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird für die Kommunen immer noch eine „Bedarfsliste“ übrig bleiben, die durch Ueberweisungen Steuern zu finanzieren ist. Bei diesem Punkte ist der Gesichtspunkt von großer Bedeutung, daß die Leistungsfähigkeit jeder Gemeinde in dem Grade sinkt, in dem die unselbständigen Berufstätigen proportional steigen. — Zum Schluß forderte der Redner, daß die Schaffung derartiger Steuererleichterungen in der jetzigen Notzeit erforderlich ist, denn wird der gegenwärtige Augenblick verpaßt, so werden später die Widerstände dagegen kaum zu überwinden sein.

Fast zwei Milliarden Auslandszinsen.

Deutschlands Ausfuhrüberschuß nur vorübergehend.

Basel, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Mittwoch-Abendssitzung beschäftigte sich der Sonderauschuß mit der deutschen Handelsbilanz, deren Ausfuhrüberschuß in den letzten 6 Monaten 2,1 Milliarden Mark beträgt. Diese günstige deutsche Handelsbilanz bildet einen heißen Punkt der Verhandlungen des Sonderausschusses. Der französische Sachverständige wies denn auch darauf hin, daß die Finanzlage Deutschlands erheblich weniger schwierig wäre wie sie tatsächlich ist, wenn es Deutschland gelänge, den aus der Handelsbilanz sich ergebenden Ueberfluß nach Deutschland überzuführen. Dr. Reichler versuchte nachzuweisen, daß es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handele und legte die Ursachen dar, die zu dieser günstigen Handelsbilanz führten; die Spanne zwischen den gesunkenen Preisen der nach Deutschland eingeführten Waren und den Preisen der deutschen Exportprodukte; denn Deutschland führt vor allem Rohstoffe ein und exportiert Fertigwaren. Eine weitere Ursache ist der ständige Rückgang der Wareneinfuhr einschließlich der Rohstoffe. Eine dritte Ursache ist die zwangsweise Liquidierung der in Deutschland liegenden Vorräte, vor allem an Fertigprodukten, was darauf zurückzuführen ist, daß die Industriellen nicht die erforderlichen Kredite erhalten. Sie sind daher genötigt, um jeden Preis zu verkaufen, um sich die nötigen Barmittel zu verschaffen.

Dr. Reichler stellte fest, daß der auf Deutschland lastende Druck vermindert wurde, weil Deutschland bis zum Sommer dieses Jahres Reparationen zahlen mußte. Seit April seien ausländische Kredite in erheblichem Umfange zurückgezogen, und schließlich sei auch die Weltkrisis zu berücksichtigen, die an Rückwirkungen immer stärker wird. Infolge der Aufgabe der Goldwährung in verschiedenen wichtigen Ländern machte sich zum Nachteil Deutschlands eine vorläufige Konkurrenz bemerkbar, während andererseits der deutsche Export in steigendem Maße durch Zollschranken gehemmt wird. Aus allen diesen Gründen, erklärte Dr. Reichler, sei die deutsche Handelsbilanz nur vorübergehend so günstig. Die Verhältnisse würden sich in naher Zukunft völlig wandeln. Ueberdies ist nach Schätzungen

der deutschen Sachverständigen für die in Deutschland angelegten Kapitalien jährlich eine Zinssumme von 1850 Millionen zu zahlen.

Alle diese Angaben wurden dem Unterausschuß für Privatcredits übermiesen, da man sich noch nicht ganz über die Gesamtsumme der deutschen Schulden einigen konnte.

Bericht über die deutsche Etatlage.

Basel, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Schweizerische Depeschagentur meldet aus Basel, daß die Frage, ob gemäß der deutschen Forderung auch die Zahlung der unbedingten Annuität des Young-Planes eingestellt werden solle, erst gegen Schluß der Konferenz behandelt werde. Zunächst wolle der Ausschuß über das Ausmaß der deutschen Zahlungsfähigkeit oder -unfähigkeit Klarheit schaffen.

Der von der deutschen Delegation im Sonderauschuß der B.Z. mit dem Bericht über den Finanzhaushalt Deutschlands beauftragte Sachverständige Graf Schwerin von Krosigk, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, traf am Donnerstagvormittag in Basel ein. Graf Schwerin erhaltete dem Ausschuß ein durch reichhaltiges Zahlenmaterial ergänztes Exposé über die schwierige Lage des deutschen Reichshaushalts, der durch die letzte Ratverordnung wieder weitgehend eingeschränkt werde.

Pariser Mandatschüreikompromiß.

Entschließung des Völkerrundrates.

Paris, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Die zur Regelung des chinesisch-japanischen Konflikts einberufene außerordentliche Tagung des Völkerrundrates ist am Donnerstagnachmittag mit der einstimmigen Annahme der am Mittwoch von Briand verkündeten Entschließung abgeschlossen worden.

Die Sünden der Preisregelung.

Was der Volkswirtschaft und den Massen hilft, ist nur sehr unzulänglich geschehen.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben immer wieder eine Verkopplung der Preisfrage mit der Lohnfrage als wirtschaftlich falsch abgelehnt. Wirtschaftlich richtig sei allein der Verzicht auf jede weitere Lohnsenkung, die Senkung der überhöhten Grundstoffpreise, Kohle, Eisen, Zement, Düngemittel u. a. und die Verbilligung der durch Zölle unnötig überbewerteten Lebensmittel des Massenbedarfs. Nur durch eine solche Korrektur im Preisgefüge sei mit ihren Fortwirkungen eine allmähliche Erhöhung der Kaufkraft und eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu erwarten. Die vierte Notverordnung hat diesen Weg nicht beschritten: im Zentrum ihrer Maßnahmen steht die Lohnsenkung. Die Preisentzugsmassnahmen erscheinen unzulänglich und ihrer Wirkung dazu zweifelhaft.

An die Verbilligung der gegenüber dem internationalen Preisniveau weit überhöhten Getreide- und Zuckerpreise hat man sich nicht herangewagt.

Die erforderlichen Zollsenkungen für Getreide, die eine Preisverbilligung hätten herbeiführen können, sind nicht vorgenommen worden und nicht einmal der unter ganz anderen Verhältnissen vor mehreren Jahren festgelegte, wirtschaftlich längst überholte Zuckersüßholzwert herabgesetzt. Hier handelt es sich um für die Lebenshaltung der Massen gefährliche Verzäumnisse. Werden sie nachgeholt?

Die Senkung der gebundenen Preise der Kartelle für Rohstoffe und Fertigwaren sowie der Markenartikelpreise um 10 Prozent war längst überfällig.

Die gebundenen Preise waren seit Krisenausbruch nur um etwa 10 Proz. gesenkt worden. Gegenüber dem Preisniveau im Krisenjahr 1928 sind die freien Preise für Rohstoffe und Halbwaren bis November 1931 um fast 45 Proz. zurückgegangen; die gebundenen Preise im gleichen Zeitraum nur um 7 Proz. Hier waren Preisentzugsmassnahmen längst erforderlich.

Die gewählte schematische Herabsetzung um 10 Proz. muß als sehr unzulängliche Regelung empfunden werden. In zahlreichen Fällen trägt die zehnprozentige Herabsetzung keineswegs der Marktlage ausreichend Rechnung. Bei einer Senkung der Eisenpreise um 10 Proz. würde zum Beispiel der deutsche Eisenpreis von 128 auf etwa 115 Mark gesenkt werden, der Weltmarktpreis liegt aber zur Zeit nur etwa auf 60 Mark, so daß die deutschen Eisenpreise immer noch um fast 100 Proz. über den Weltmarktpreis bleiben.

Bei verschiedenen monopolistisch organisierten Industrien, bei denen der inländische Absatz stark zurückgegangen ist, so z. B. bei der Eisenindustrie, wird der Fall eintreten, daß die verordnete Kostensenkung die Preis- und Erlössenkung, die ja nur den inländischen Absatz betreffen, voll erreicht und sogar überschreitet. Die Eisenindustrie steht gegenwärtig wohl nur etwa 40 Proz. ihres Absatzes zu den inländischen Syndikatspreisen ab. Eine 10prozentige Preisentzugsmassnahme bedeutet für sie also nur eine etwa 4prozentige Erlössminderung. Man kann sich ausrechnen, daß die Lohnsenkungen zuzüglich der Frachtersparnisse (Ersparfrachten usw.) den Erlössausfall ersetzen.

Von einem echten Opfer der Eisenindustrie zum Beispiel kann keine Rede sein.

Ob die Frachtersenkungen in vollem Umfang auch zu entsprechenden Preisentzügen führen, ist offen. Verschiedene Syndikate, z. B. die Zement- und Grobhandelsverbände, stellen ihre Preise frei Verbrauchsort. Wird die Regierung darauf achten, daß neben der Senkung der Werkpreise auch die Frachtersenkung der Abnehmer- und Verbraucherschaft voll zugute kommt?

Eine Festsetzung neuer Verbraucherpreise bei Brennstoffen ist nicht gefordert.

Es ist eine beträchtliche Senkung der Kohlenfrachten vorgeesehen, die sich hier im Preis auswirken muß. Möglicherweise ist die Senkung der übermäßigen Handelsgewinne, besonders in den unzulänglich zwischen geschalteten Werks- und Handelsorganisationen, wozu der Reichswirtschaftsminister ausdrücklich in der Notverordnung die Ermächtigung erhalten hat, ferner sind auch dort, wo es notwendig ist, die Kleinhandelspreise für jede Art Hausbrand, für die gleichfalls eine Regelung erfolgen soll, nach den neuen Bedingungen zu senken.

Durch alle diese Maßnahmen erscheint es möglich, die Kleinhandelspreise unter Einrechnung der Kartellpreissenkung um bis zu 20 Proz. zu senken. Bei der Kontrolle der Innungspreise wird besonders sorgfältig geprüft werden müssen.

Die Notverordnung befreit

diejenigen Kartellpreise, die an internationale Verträge gebunden sind, vor der Preisherabsetzung. Hierbei handelt es sich um verhältnismäßig seltene Fälle, da zunächst nur die Ausführpreise in den internationalen Syndikaten gemeinsam geregelt werden. Immerhin liegen auch für einige wichtige Waren, z. B. für Aluminium, internationale Preisregelungen vor. Die Regierung hat die Pflicht, auch in diesem Falle bei den deutschen Verbänden auf eine Anpassung hinzuwirken. Sie profitieren ja ebenfalls von allen Kostensenkungen.

Die Regierung hätte es nicht nötig gehabt, diesen schematischen Eingriff in die gebundenen Preise, der zu vielen Unzulänglichkeiten und Anzuchtlichkeiten führen wird, vorzunehmen, wenn sie einen Apparat für die Kontrolle der Monopole besäße, der eine sachverständige Beurteilung der Monopolwirtschaft und eine entsprechende Preisbeeinflussung ermöglicht hätte. Gerade diese neue Maßnahme bestätigt wiederum, daß die Schaffung eines besonderen Monopol- und Kartellamtes, wie wir es seit Jahren fordern, unerlässlich ist, wenn man eine vernünftige Politik gegenüber den Monopolen treiben will.

Immerhin stellt dieser Teil der Preisentzugsmassnahmen, so lückenhaft und unzulänglich er ist, eine Preisentzugsmassnahme per se dar.

Gegenüber den versprochenen Preisentzügen per Termin, die uns der neue Reichskommissar für Preisüberwachung bringen soll, haben wir stärksten Zweifel.

Es läßt sich eben kaum — das haben alle Erfahrungen bewiesen — das Kleinhandelspreisniveau mühsam registrieren. Es ist vielleicht möglich, daß auf dem einen oder anderen Gebiet, wo ganz offensichtlich überhöhte Preisniveaus vorliegen, an dem einen oder anderen Ort der Preisentzug oder die von ihm ausgehende Behörde sich durchsetzt. Aber es erscheint uns schon fraglich, ob die Senkung der Luftkosten, die der Handel durch Gehaltsabbau, zehnprozentige Verbilligung der Mieten, Zinsverbilligung und Frachtersenkung erhält, voll für die Verbraucher zur Auswirkung kommen wird.

Sehr bedenklich wäre es, wenn die Arbeit des Kommissars, der nicht nur die Preisstellung für lebenswichtige Waren, sondern auch für die lebenswichtigen Leistungen des täglichen Bedarfs, d. h.

die Versorgungs- und Berichterichte

übermacht, sich in erster Reihe auf diese konzentrieren würde. Kein Wort ist darüber zu verlieren, daß diese Tarife heute meist überhöht sind, aber tatsächlich sind diese Tarife heute meist überhöht, der Gemeinden eben nicht ohne weiteres herabsetzbar. Jedenfalls müßte der Verbraucher durch neue Steuern aufbringen, so daß die Entlastung ausbleibt, oder die Kommunen würden gezwungen, ihren Sozialkassen nach weiter einzuschneiden.

So bleibt bei näherer Betrachtung auch hier der Eindruck, daß es sich teils um schematische und lückenhafte Eingriffe, teils um diskussionsscheue und vielfach wenig aussichtsreiche Eingriffe handelt, die sich von untern Forderungen der Anpassung der künstlich überhöhten Preise auf industriellem wie auf agrarischem Gebiet unter Aufrechterhaltung des Lohnniveaus unterscheiden und die auch gegenüber dem sofort wirksamen Lohnabbau noch keinen Ausgleich zu bieten vermögen.

Aufklärung über die Kreditkrise.

Die große Ausdehnung des Wechselumlaufs seit dem Juli.

Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht einige sehr bemerkenswerte Ziffern über die Veränderungen des deutschen Wechselumlaufs und der Besitzverteilung der Wechselpapiere, die ein interessantes Licht auf die Auswirkungen der Kreditkrise vom Juli d. J. werfen.

Die wesentliche Ursache der Kreditkrise ist die Kündigung bzw. Nichtverlängerung der kurzfristigen ausländischen Kredite gemessen, die mit einem Schlag die Banken vor die Notwendigkeit gestellt hätte, die wieder ausgeliehenen Auslandsgelder sofort zu kassieren und ihre Eintreibung zur Zurückzahlung der Auslandskredite durchzuführen. Dabei stellte sich heraus, daß der größte Teil dieser Kredite nicht eintreibbar war, daß er eingefroren war und daß die größten Unternehmungen Deutschlands durch die zwangsmäßige Beitreibung zahlungsunfähig geworden wären. Für die Banken wäre ebenfalls die Zahlungsunfähigkeit allgemein eingetreten — nicht nur für Danzig und Bresden. In dieser Lage haben die Banken und die Reichsbank zusammengewirkt, um einen Ersatz für die bereits zurückgezahlten Auslandskredite zu schaffen; im übrigen trat dann das sogenannte Stillhalteabkommen für die ausländischen Kredite in Wirksamkeit. In erster Linie wurde der

Entwurf ist der deutsche Ausdruck der Einschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Krise, denn Wechsel werden im allgemeinen nur im Ausmaß der vorhandenen Wirtschaftsumsätze ausgestellt; die Reichsbank selbst diskontiert normalerweise nur Handelswechsel.

Die sogenannten Bankakzepten spielen nur eine geringe Rolle: im Oktober 1928 waren es 5 Proz., im Oktober 1930 und im Mai 1931 waren es 9 Proz. (In dieser Steigerung bis zum Mai 1931 kommt zum Ausdruck, wie sehr besonders die Hiltewahl auch schon vor der eigentlichen Kreditkrise im Juli die Bewegungsfähigkeit der Banken durch das wachsende Mißtrauen des Auslandes eingengt hatte). Ganz entgegen der wirtschaftlichen Entwicklung aber ist vom Mai 1931 bis zum Oktober 1931 der deutsche Wechselumlauf nicht mehr weiter gesunken, sondern infolge der oben gekennzeichneten Lage im Sommer d. J. von 8,5 auf 10,9 oder um 2,4 Milliarden Mark gestiegen. Dabei stieg der Umlauf von Bankakzepten von 800 auf 1800 Mill. Mark; der Anteil der Bankakzepten am gesamten Wechselumlauf erhöhte sich von 9 auf 17 Prozent. Es ist bekannt, daß in derselben Zeit der Wechselbestand der Reichsbank erheblich gestiegen ist; die Steigerung ist in erster Linie auch auf die Annahme von Bankakzepten neben den Handelswechseln durch die Reichsbank zurückzuführen.

Die ausschlaggebende Rolle, die heute die Reichsbank in der deutschen Kreditwirtschaft spielt,

wird auch durch die Anteilsvermehrung gekennzeichnet, die die Wechselbestände der Reichsbank gegenüber dem Gesamtumlauf von Ende Mai bis Ende Oktober d. J. zu verzeichnen haben. Bei der Reichsbank waren Ende Mai 1931 nur 1,8 Milliarden Wechsel, Ende Oktober aber rund 4 Milliarden oder 2,2 Milliarden mehr. Von Mai bis Ende Oktober hat sich der Anteil des Wechselbestandes der Reichsbank trotz der bedeutenden Umlaufsteigerung von 21 auf 37 Proz. vom gesamten Wechsel-

Erfolg in der Ausstellung von Bankwechseln

gefunden, die die Reichsbank — sei es mit oder ohne Garantie öffentlicher Stellen — diskontiert, d. h. gegen Zinsabzug angekauft hat, womit die Lücke notdürftig geschlossen wurde.

Die wichtigste Folge dieser — übrigens zwangsläufigen — Politik war eine Ausdehnung des Wechselumlaufes in Deutschland, die in freilichem Widerspruch zu der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung stehen mußte. Entsprechend dem allgemeinen Wirtschaftsrückgang war vom Oktober 1928 bis zum Oktober 1929 der gesamte Wechselumlauf von 12,1 auf 11,3 Milliarden gesunken. Im Oktober 1930 waren es nur noch 9,7, im Mai 1931, kurz vor der Kreditkrise, nur noch 8,5 Milliarden Mark. Diese

Rauchen Sie

TETTA

ZIGARETTEN

nicht weil sie billig,
sondern weil sie gut sind!

AZET ZIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

VERTRIEB: MELABAT ZIGARETTEN-HANDELSGESELLSCHAFT G. M. B. H.

ZWEIGNIEDERLASSUNG BERLIN C2, NEUE PROMENADE 6, TELEFONDAMM 8403

6 Stück
20 Pfg.



umlauf erhöht. Dabei erfolgte allein vom Mai bis Ende Juli, also in der kritischsten Periode, bereits eine Steigerung des Reichsbankanteils von 21 auf 33 Proz.

Bei den Banken (ohne Sparkassen und nur soweit die Banken monatlich berichten) ergab sich eine bedeutende Verzögerung des Anteils. Obwohl von Mai bis Oktober d. J. der Wechselumsatz um 2,4 auf 10,9 Milliarden Mark stieg, sanken die Bestände der Banken in der gleichen Zeit von 2,7 auf 1,8 Milliarden, sonstige Wechselbestände waren an anderen Stellen Ende Oktober 5,1 gegen 4,0 Milliarden Ende Mai vorhanden. Da die Wechsel die wichtigste Quelle zur Geldbeschaffung der Banken darstellt, zeigt sich in dem etwa 2-fachen so großen Wechselbestand der Reichsbank, wie sehr diese für die Geldbeschaffung der Banken heute entscheidend geworden ist. Vor zwei Jahren, im Oktober 1929, war das Verhältnis noch umgekehrt. Damals hatte die Reichsbank nur 2,5, die Banken hatten dagegen 3,3 Milliarden Wechselbestände, ein Zeichen der damaligen relativen Unabhängigkeit der Banken von der Reichsbank und der Möglichkeit, daß die Banken sich von anderen Stellen Geld beschaffen konnten, insbesondere, wie wir zu Anfang hervorgehoben haben, vom Ausland.

Eine Milliarde Schulden.

Das Vermächtnis eines Großspekulanten.

Der 77jährige englische Lord Kylsant, der kürzlich endgültig zu einer Gefängnisstrafe zu anderthalb Jahren wegen Bilanzfälschung verurteilt worden ist, hat in seinen Hinterlassenschaften ein Trümmerfeld hinterlassen, das seinesgleichen sucht.

Lord Kylsant war eine ausgesprochene Spekulaturnatur, deren Ehrgeiz auf die Gründung eines riesigen Schiffahrts-trustes in England abzielte. Durch umfangreiche Käufe und spekulative Angliederungen gelang es auch Lord Kylsant, sein Unternehmen, die Royal Mail Comp., zum äußerlich mächtigsten Reedereiunternehmen Englands zu machen. Nach dem völligen Zusammenbruch dieses Kolosses auf lönernen Füßen wurde den Aktionären jetzt auf der Generalversammlung die wahrhaft niedererschütternde Mitteilung gemacht, daß die Gesamtschulden des Royal-Mail-Konzerns sich auf 50 Mill. Pfund, das sind also annähernd eine Milliarde Mark, belaufen.

Diese phantastische Schuldenanhäufung zeigt die Schwermertigkeit, die einer Sanierung des Royal-Mail-Konzerns entgegenstehen. Diese Verpflichtungen sind nämlich von den 29 beteiligten Reedereien abzudecken, nachdem bereits der größte Teil des Eigenkapitals, das zusammen annähernd 800 Mill. Mark beträgt, verloren ist.

2 Millionen Samag-Verlust.

Nachmalige Zusammenlegung des Kapitals.

Der Verlust der Samag-Regulir A.-G. für das Geschäftsjahr 1930/31 stellt sich auf rund zwei Millionen Mark. Im vorhergehenden Geschäftsjahr wurde ein Reingewinn von rund 100 000 M. erzielt.

Die Verwaltung wird der Generalversammlung zur Deckung des Verlustes und zur Bornahme von Sonderabschreibungen vorschlagen, das Kapital von 12 Millionen auf die Hälfte zusammenzuliegen. Die Gesellschaft ist also gezwungen, eine zweite Sanierung vorzunehmen, nachdem 1927 bereits das ursprüngliche Stammkapital von 16 auf 5,3 Millionen zusammengebrochen werden mußte. Damals trat die Julius & Piffers A.G. als Großaktionär bei der Samag ein, unter deren Führung seinerzeit zur Beschaffung neuer Mittel das Kapital auf 12 Millionen wieder heraufgehoben wurde.

Die Sanierung ist, wie wir hören, nicht so sehr auf reine Betriebsverluste, wie auf große Ausfälle bei den Gläubigern zurückzuführen. Unter anderem sind erhebliche Forderungen bei dem Zusammenbruch des Flech-Konzerns verloren gegangen bzw. vorläufig infolge des gewährten Moratoriums uneinbringlich. Der Auftragsbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verringert, doch konnte er nur durch einige ausländische Großaufträge gehalten werden.

Die Angstkäufe in England.

Masseneinfuhr vor der Zollerhöhung.

Die englische Handelsbilanz im November stand im Zeichen der bevorstehenden Inkraftsetzung der neuen Zölle. Dem entsprechend weist die Einfuhr einen Rekordstand auf. Sie stellt sich auf 83,2 Millionen Pfund, während die Ausfuhr nur 31,8 Millionen Pfund ausmacht. Auf den heutigen Kursstand umgerechnet, beträgt der Einfuhrüberschuß Englands rund 720 Millionen Mark.

Die starke Nachfrage englischer Importeure nach ausländischen Waren, die eine Folge dieser anormal hohen Einfuhr war, hat im wesentlichen den schweren Rückschlag für die englische Wollindustrie verursacht.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich. In der zweiten Novemberhälfte ist die Zahl der unterfügten Arbeitslosen in Oesterreich um 22 700 auf 273 658 gestiegen.

Weiterführung der Benzolsteuer. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde die Aussprache über die Weiterführung der Benzolsteuer im Kreis Neurude zu Ende geführt. Über die Frage, ob und unter welcher Bedingung die Benzolsteuer weitergeführt werden soll, forderte von den Reichs- und preussischen Staatsbehörden ein Übergutachten darüber ein, ob technisch und finanziell der Weiterbetrieb der Steuer möglich ist. Bis zum Eingang dieses Gutachtens sollen auf jeden Fall die Rostfärbearbeiten aufrechterhalten werden, damit wenigstens die Möglichkeit einer späteren Wiederbetriebnahme bleibt.

Zwangsarbeit im Dritten Reich.

Das Arbeitslosenprogramm Hitlers.

Die Nationalsozialisten wollen das Arbeitslosenproblem durch Einführung der Zwangsarbeit lösen. Das ist keine Ueberraschung. Wer hätte von den Landsknechten des Kapitals etwas anderes erwartet. Immerhin ist es von großem Interesse, nunmehr dafür sozusagen offenkundige Beweise vorlegen zu können.

Schon in dem Böhmeimer Blutprogramm der Helsen-Rajis war eine

„Notverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht“

vorgesehen, nach der alle Deutschen — mit Ausnahme der Angehörigen der Hitler-Partei — zur „Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet“ sind. Zu einer ähnlichen programmatischen Forderung kam nun dieser Tage auch eine Sitzung des Ausschusses für Arbeitsdienstpflicht, die in den Räumen des Hauses Berlin der RSDAP in der Hedemannstraße stattgefunden hat. Die Besprechung wurde geleitet von dem Reichsorganisationsleiter der RSDAP, Gregor Straßer. Vertreten war auch der Vorsitzende der Abteilung für Arbeitsdienstpflicht, der bekannte Fremdenleutnant Schulz, und ebenso waren anwesend fast sämtliche norddeutschen Gauleiter der Hitler-Partei sowie verschiedene besonders gesandene Nazi-Reichstagsabgeordnete. In dieser Ausschusssitzung wurde als Programm für die Nachtübernahme die

Einführung der Zwangsarbeit für alle Arbeitslosen — soweit sie nicht der Hitler-Partei angehören —

offiziell verkündet. Sämtliche am Tag der Nachtübernahme vorhandenen Arbeitslosen, die nicht der Hitler-Partei angehören, werden zwangsweise eingezogen und kaserniert. Sie müssen ohne jede Entschädigung, lediglich gegen Ernäh-

rung durch Rassenpeisung die ihnen von der Diktatur zugewiesene Arbeit leisten.

Die Heberwachung der Arbeitslosen erfolgt durch die SA. Die Kommandogewalt liegt bei besonderen Gruppenführern, die ebenfalls von der SA gestellt werden. Zur Durchführung dieses „Arbeitslosenprogramms“ der Hitler-Partei wurden die Gauleitungen aufgefordert, der Abteilung „Arbeitspflicht“ (Oberleutnant Schulz)

sofort 2000 bis 3000 für die Führerposten geeignete SA-Leute zu benennen.

Die Ausbildung dieser Führer soll bis Februar abgeschlossen sein.

Dieser saubere Plan, der nichts anderes bedeutet, als die Aufstellung einer Sklavenarmee, fand begeisterte Zustimmung bei den Hitler-Führern.

Der unmittelbare Zweck dieses Programms ist nur allzu durchsichtig. Alle Feiglinge und Weimnen will man auf diese Weise zwingen, sich so schnell wie möglich bei der Hitler-Partei anzumelden; denn die Angehörigen der Partei sollen ja von der Sklaverei verschont bleiben.

Im übrigen können jetzt auch die Arbeitslosen erkennen, was für eine Rolle die Hitler-Partei ihnen für das Dritte Reich zugedacht hat. Die „Befreiung vom Marginalismus“ und die „Erneuerung Deutschlands“ besteht also in nichts anderem als in der Wiedereinführung der Sklaverei. Mit einem Unterschied: der Sklave lebte im Hause seines Herrn und dieser war schon im Interesse einer möglichst hohen Arbeitsleistung geneigt, für das leibliche Wohl des Sklaven zu sorgen. Im Raststaat aber sollen die Arbeitslosen den Landsknechten und Kausenjungen der SA ausgeliefert werden. Heil Hitler!

Gerede um die Arbeitszeit.

Die 40-Stunden-Woche in Genf.

Genf, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Generalausprache in der Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über den nicht veröffentlichten Bericht des Internationalen Arbeitsamts zeigte wiederum das gleiche Bild wie früher. Die Unternehmervertreter Italiens, Frankreichs und Deutschlands kritisierten den Bericht des Amtes über die Erhebungen zur Einführung der 40-Stunden-Woche als zu sehr im Sinne des Arbeitgeberstandpunktes abgefaßt. Die internationale Konkurrenz verhinderte ein allgemeines Abkommen. Auch würden die Bestehungsstellen zu hoch werden.

Jouhaug, Frankreich, Müller-Deutschland und Hay, daz. England stellten demgegenüber als Arbeitervertreter fest, daß nach dem Bericht schon in vielen Ländern und Industrien sogar unter 40 Stunden gearbeitet werde. Ein internationales Abkommen sei sehr wohl möglich, da man mit der Arbeitszeit nicht mehr konkurrieren könne. Die 40-Stunden-Woche könne die Arbeitslosigkeit mildern helfen.

Der deutsche Regierungsvizepräsident Sigler erwähnte die Einführung der 40-Stunden-Woche in verschiedenen Industrien Deutschlands. Die Unternehmer könnten sie viel leichter zugehen, wenn die Löhne auch proportional vermindert würden. Das sei aber im allgemeinen gar nicht mehr möglich wegen der außerordentlich geringen Lohnhöhe. Die deutsche Regierung wolle so viel als möglich die internationalen Verhandlungen erleichtern und unterstützen darin das Internationale Arbeitsamt. Herbert Thomas erklärte

Die 40-Stunden-Woche als Höchstarbeitszeit

für Krisenzeiten. Die Bemühungen des Amtes gingen darauf aus, die vorhandene Arbeit auf möglichst viele Arbeiter zu verteilen, die Rentabilität der Betriebe zu erhalten und jedem Arbeiter einen ausreichenden Verdienst zu sichern. Er wünschte die Meinung der Unternehmer zu hören über die beiden Systeme der 40-Stunden-Woche. Die Mehrzahl der Antworten auf seine Anfrage sprach sich für fünf Tage zu acht Stunden aus, die einer Verteilung von 40 Stunden auf sechs Tage vorgezogen werden.

Eine von der Kommission gefaßte Entschlieung stellt zunächst fest, daß die Lösung nur von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Maßnahmen kommen kann, die über die Kompetenz des Amtes hinausgehen. Sie verweist ferner darauf, daß es notwendig ist, die internationalen Verhandlungen um öffentliche Arbeiten zu beschleunigen. Inzwischen lenkt sie die Aufmerksamkeit aller Behörden auf eine Reihe von Teilmaßnahmen, wie Ratifikation und sofortige Anwendung der schon vorhandenen Arbeitszeitabkommen, besonders der Washingtoner Achtstundentabkommen, sowie die

Abkündigung aller Ueberstunden.

Daneben müsse die persönliche Arbeitszeit für alle Arbeiter herabgesetzt werden, um die Einstellung Arbeitsloser zu ermöglichen.

In der jetzigen Krise seien — so heißt es in der Entschlieung weiter — die besten Erfahrungen mit der 40-Stunden-Woche gemacht worden, hauptsächlich bei Verteilung auf 5 Tage. Der Lohnausfall könne sowohl durch Lohnerhöhungen wie durch Verminderung der Soziallasten aus der Wiederbeschäftigung von Vollerwerbslosen ausgeglichen werden. Ohne selbst die Initiative für internationale Verhandlungen ergreifen zu wollen, erinnere die Kommission an den Wunsch verschiedener Staaten, provisorische Ab-

kommen untereinander abzuschließen über die Arbeitszeit in bestimmten Industrien. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts soll sich zu jeder Hilfe den Regierungen zur Verfügung halten.

Endlich nahm die Kommission Kenntnis von dem Verlangen der Arbeiterorganisationen nach internationaler Einführung der 40-Stunden-Woche sowie von der Mitteilung verschiedener Industrieller, daß eine dauernde Kürzung der Arbeitszeit möglich sei in den Industrien mit bedeutenden technischen Fortschritten.

Alle diese Fragen sollen nach dem Wunsch der Kommission vom Internationalen Arbeitsamt weiter verfolgt und die gesammelten Erfahrungen der nächsten Sitzung des Verwaltungsrats im Januar unterbreitet werden zwecks endgültiger Beschlüsse.

Wird aber jetzt etwas geschahen? Wird das Zureden etwas nützen? Werden die Anstrengungen von Albert Thomas etwas helfen? Die Diskussion für und gegen die 40-Stunden-Woche kann bei den Arbeitern allmählich nur noch ein Gefühl des Eifers wachrufen. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß Unternehmer- und Regierungen nur reden, um nichts zu tun.

Aufruf an die Beamten.

Eine Kundgebung des DBB.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes erläßt einen Aufruf an alle Beamten, in dem es heißt:

„Immer deutlicher tritt in Erscheinung, daß die letzte Ursache der katastrophalen Entwicklung in der Zerrüttung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts, die wiederum in den der wirtschaftlichen Vernunft widersprechenden Tributlasten Deutschlands begründet ist.

Ebenso deutlich hat sich innerwirtschaftlich erwiesen, daß nicht nur peinliche Vorkommnisse in den verschiedenen Wirtschaftsgruppen das allgemeine Mißtrauen in die deutsche Wirtschaftsführung ständig gesteigert haben, sondern auch, daß der starke Einfluß maßgebender Wirtschaftskreise auf die Staatsführung und die Gesetzgebung vorwiegend Eigeninteressen gedient und dem Allgemeinwohl empfindlich geschadet hat. Immer wieder ist von uns auf das Verderbliche und Verhängnisvolle der Zerrüttung der Wehrkraft, namentlich auch der Beamtenaufkraft, hingewiesen worden. Jetzt endlich in dieser Notverordnung bekennt sich die Reichsregierung zu dem Grundsatze, daß eine weitere Zerrüttung der Wehrkraft unterbleiben muß. Ob jedoch durch die von ihr teils angeordneten, teils in Aussicht gestellten Maßnahmen dieses Ziel erreicht wird, muß die Zukunft erweisen. Jedenfalls müssen wir uns auf offene und versteckte Versuche aus Interessententreiben, die Preisentwertung mehr oder weniger zu hinterreiben, gefaßt machen. Demgegenüber werden wir uns mit allen Kräften nicht nur für die Erhaltung, sondern für die Stärkung der Beamtenaufkraft einsetzen, um schädigenden wirtschaftlichen Folgen der Gehaltskürzungen entgegenzuwirken.

Wir Beamten sind in der Verteidigung unserer besonderen wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen auf uns selbst gestellt. Engster Zusammenenschluß aller Beamten ist daher das Gebot der Stunde.“

Wie wir erfahren, tritt heute auch die Bundesleitung des

Konkurs-Ausverkauf!

Aus der Konkursmasse der **BAER SOHN A.G., Chausseestraße 29-30**

findet ab Sonnabend, dem 12. Dezember, 10 Uhr vormittags

der Konkurs-Ausverkauf in Herren-Ultern / Paletots, Straßen- u. Sportanzügen / Pelzen / Schofförkleidung / Ski-Anzüge / Jünglings- u. Knabenkleidung / Gestreifte u. Anzughosen / Strickwaren / Herrenartikel / Trikotagen usw. statt. Die Preise sind ganz erheblich herabgesetzt! Wunderlich, Konkursverwalter

Beginn: Werktags 10 Uhr, Sonntags von 3-7 Uhr geöffnet

Heute, Freitag,
wegen Vorbereitung
geschlossen!

Kurt Rudolf Neubert:

Wiedersehen und Abschied

Ein Zufall führte ihn nach zwei Jahren wieder mit Vera zusammen. Sie trat kurz nach sieben Uhr abends aus einem Hause, und er ging gerade vorüber. Sie waren beide verwirrt, freudig überrascht, wie Menschen, die sich zwar eine Zeit lang „aus den Augen, aber nicht aus dem Sinn“ verloren hatten.

Sie saßen in einem kleinen Café und sprachen von alten Zeiten. Alte Zeiten! Zwei Jahre waren knapp vergangen! Aber was war doch alles in dieser Zeit geschehen! Conny erzählte viel. Vera hieß und lächelte Conny nur hin und wieder an, mit dem alten lieben Lächeln, das er an ihr geliebt hatte.

Doch ihm schien, als ob Vera Kummer hätte. Ihr Gesicht war schmal. „Du bist so still, Vera!“ sagte er. „Hast du Sorgen?“

„Aber nein, Conny!“ fuhr sie auf. „Was soll ich dir denn erzählen, wenn du dauernd zu berichten hast. Ich...“

„Also, bitte, ich schweige. Erzähl' du von dir, wie es dir ergangen ist.“

„Ach, ich habe nicht viel zu erzählen, Conny!“

„Warst du stellungslos?“

„Ja, eine Zeit lang auch das...“

„Und warum hast du mir da kein Zeichen gegeben? Hätte ich dir nicht helfen können, Vera?“

Sie lächelte — etwas bitter: „Wußte ich denn deine Adresse? Hast du mich nicht damals ziemlich — ziemlich...“

„Rücksichtslos —“, warf er nachdenklich ein.

„Rücksichtslos —“ flüsterte sie.

Er griff nach ihrer Hand und küßte sie. „Vera!“

„Ja, Conny!“

Es war, als gestanden sie sich: „Ich liebe dich noch immer, Vera!“ — „Ich liebe dich noch immer, Conny!“

„Aber —“ dachte sie, während sie ihn anlockte wie früher, „es hat ja gar keinen Zweck, Conny!“

Am nächsten Abend wartete er vor dem Hause. Vera war, als sie ihn erblickte, noch verwirrter als am Tage vorher. Sie hatte nicht damit gerechnet, daß er kommen würde. „Das ist nett, Conny!“ stammelte sie.

„Ein Glück, daß ich die Hausnummer behalten habe,“ lächelte er. „Barium hast du mich denn gestern nicht daran erinnert? In der Straßenbahn fiel es mir ein, daß du mir den Zettel mit deiner Adresse nicht zurückgegeben hast. Und ich konnte heute nacht kaum schlafen. Immer dachte ich: werde ich Vera wiederfinden?“

„Dummchen!“ sagte sie zärtlich. Sie fühlte sich jünger. Zwei schwere Jahre waren vergessen.

„Wohin gehen wir?“ fragte Conny.

„Kur weg von hier!“ sagte sie in einer plötzlichen Aufwallung. Er sah sie verwundert an: „Hattest du Aerger im Büro? Bei dem bist du denn hier beschäftigt?“ Sein Blick ging über die Schulter, die am Portal hing. Da gab es einen Rechtsanwalt, einen Zahnarzt, ein Buchführungsbüro. „Bei wem?“ fragte er mit einem Blick auf die Schilder. „Bei dem Rechtsanwalt!“ sagte sie.

Später meinte sie einmal: „Möchtest du mich nicht lieber an einer anderen Stelle erwarten, Conny?“

„Warum?“

„Ach, die Kolleginnen...“

„Ach so, natürlich! — Wenn du meinst...“

Er wartete jetzt immer in einer Nebenstraße auf Vera. Manchmal kam sie lustig und, von ihrer Erwartung erregt, zärtlich zu ihm. Dann wieder kamen Abende, an denen sie müde mißgestimmt, gereizt war. „Wieder mal Aerger beim Rechtsanwalt?“ fragte er dann. Sie machte nur eine müde, verachtungsvolle Geste: „Sprechen wir nicht davon!“

Eines Tages stand er in einer Telephonzelle und suchte die Nummer des Rechtsanwalts, bei dem Vera beschäftigt war. Sie hatte ihn zwar gebeten, niemals anzurufen, da Privatgespräche untersagt wären, — und er hatte diesem Umstande bisher auch Rechnung getragen, obwohl er oft genug das Verlangen gehabt hatte, sich mit Vera am Telephon zu unterhalten. An diesem Tage jedoch war etwas Besonderes geschehen, wovon er Vera sofort Kenntnis geben mußte. Sie hatte ihm am vorhergehenden Abend niedergeschlagen erzählt, daß sie am Ersten ihre Stellung verlieren würde, und zufällig hatte er heute bei einer ihm bekannten Firma gehört, daß dort eine Stelle zu besetzen wäre. Bei seinen Beziehungen hoffte er... Also diese Nachricht mußte er sofort Vera mitteilen. Er rief an.

„Fräulein Klatt? Vera Klatt? Ist hier nicht beschäftigt?“ sagte

„Fräulein Klatt? Vera Klatt? Ist hier nicht beschäftigt?“ sagte

Dr. med. F. W. Andersen:

Gesundheitliche Ratschläge

Wenn der Dezember mit trockenem Frost ins Land zieht, wenn schneiger Kaudreiß wundervolles Gefunke und Beglitzer über Gärten und Wälder zaubert, dann kann dieser Monat zur schönsten Zeit des ganzen Jahres werden. Aber nur allzuoft setzt sich das nachste Novembermeer auch in den Dezember hinein fort; und dann gibt es zumal für den empfindlichen, an den ständigen Aufenthalt in geschlossenen Räumen gewöhnten Menschen, mit besonderer Sorgfalt über seine Gesundheit zu wachen. Kälte allein schadet, wenn man ihr vernünftig zu begegnen weiß, niemandem; Kälte und Nässe zusammen dagegen sind die ärgsten Feinde des Wohlergehens.

Ganz abgesehen von dem gefürchteten Heer der verschiedensten „Erfältungskrankheiten“ bereitet anhaltende Durchfeuchtung der Kleidung bei zugleich, nachstatter Bitterung auch einer anderen Plage des Menschen den Boden: dem Rheumatismus. Worin besteht eigentlich das Wesen dieser Krankheit? So gut wir ihre äußeren Erscheinungen kennen, so wenig wissen wir darüber auszusagen, auf welchem krankhaften Gewebsvorgang eigentlich der Muskelrheumatismus beruht. Wo er in anderer Form existiert und dann zumeist nur einen bestimmten Körperabschnitt befällt, können die Muskeln regelrecht entzündet, geschwollen und krampfhaft zusammengezogen sein; in anderen Fällen aber hat man bei Verstorbene, die aus irgendeinem Grunde sezirt wurden, und die während ihres Lebens Jahre hindurch an den heftigsten rheumatischen Schmerzen litten, mit allen Hilfsmitteln der Forschung auch nicht die geringsten krankhaften Veränderungen an den betroffenen Muskeln feststellen können.

eine ärgerliche Stimme. Conny hängte verblüfft den Hörer an. Ein anderer Mann drängte in die Zelle.

Conny fuhr in die Straße, in der Vera beschäftigt war. Er wollte den Irrtum aufklären. Dabei hatte er ein Gefühl wie vor einem nahenden Verhängnis. Im Büro des Anwalts empfing er von dem öftenden Fräulein den gleichen Bescheid: „Fräulein Klatt? Kennen wir nicht.“ Er fragte beim Zahnarzt nach, im Buchführungsbüro: „Kennen wir nicht!“ Aus der Portierloge stieß eine Frau den Kopf heraus: „Wen suchen Sie denn?“

„Ich suche eine junge Dame, die hier beschäftigt ist. Sie verläßt jeden Abend kurz nach sieben das Haus.“

„Blond? Mit kurzer Locke aus — na, gepreßtem Plüsch; Pelz ist es nicht!“ „Stimmt!“ sagte er.

„Ach, das ist ja das Modell vom Maler oben aus dem fünften Stock. Vera heißt sie.“

Conny verließ das Haus, als wäre er betrunken. „Sie hat gelogen!“ dachte er. „Modell! Halbakt. Ganzakt. Liegender Akt! Modell! Und — seine Geliebte!“ Draußen schlug er den Mantelkragen hoch und sah noch eine Weile an der Häuserfront hinauf.

heute kam er nicht. Vera stand da und wartete auf ihn. Sie wollte Conny sagen, daß sie vom Ersten ab nun endgültig stellungslos sein würde. In Wirklichkeit konnte sie die Annäherungsoberfläche des Malers nicht länger ertragen. Wie froh fühlte sie sich heute, obwohl die Zukunft so unsicher war! Aber an Connys Seite...!

Doch Conny kam heute nicht. Er kam die ganze Woche nicht. Drei Wochen lang kam sie jeden Abend nach der Stelle, wo er gewartet hatte. Dann kam auch sie eines Abends nicht mehr. Sie war müde. Sie war bei dem Maler geblieben. Er hatte sein Ziel erreicht.

Man wird daher wohl annehmen müssen, daß sich besonders auch in den feinsten Empfindungsneroen, die sich in den Muskeln verzweigen und aufsteilen, krankhafte Vorgänge abspielen, wodurch dann der oft unerträgliche Schmerz hervorgerufen wird. Er kann als „steifer Hals“, als Gliederschmerz, als Schulter- und Brustschmerz, als Hüftweh und „Hergenschuß“ auftreten; und allemal, wo nicht eine mechanische Muskelzerrung oder Ueberdehnung die Ursache ist, wie z. B. beim „Berheben“, wird man Durchblutung, plötzliche Abkühlung und dauernden Zug für das Entstehen des Muskelrheumatismus verantwortlich machen müssen, der natürlich nicht mit dem von einem besonderen Krankheitserreger hervorgerufenen und mit hohem Fieber einhergehenden akuten Gelenkrheumatismus verwechselt werden darf. Die Kraftfahrer wissen von dieser Wirkung dauernden kühlen Luftzuges ein Lied zu singen: sie halten beim Lenken gern den Ellenbogen über die Bogenbrüstung hinaus, so daß er von ständigem Luftzug getroffen wird, und müssen diese Unvorsichtigkeit bismellen mit derartigen Muskelschmerzen in der Ellenbogengegend büßen, daß sie den Arm dann nicht zu rühren vermögen.

Die Art der Entstehung des Muskelrheumatismus weist uns zugleich auch den besten Weg zu seiner Verhütung. Man wird sich vor allen Dingen vor Durchblutungen, Zugluft und einseitiger Abkühlung zu hüten haben, wird bei rauhem und nachkältem Weiter nicht aus fürchten Moderüchtern — das gilt besonders für das weibliche Geschlecht! — zu leichte Kleidung und zu dünne Strümpfe, sondern schützende Gewänder und warme Unterwäsche tragen. Ist aber doch eine rheumatische Erkrankung zustande gekommen, so tun Wärmeanwendung und kräftiges Schwingen die besten Dienste, während man die quälenden Schmerzen zweckmäßig mit einem der zahllosen auf dem Markt befindlichen Salizylpräparate lindert.

Noch eine Mahnung ist um diese Zeit am Plage. Gar manche Menschen glauben, zu den Festtagen gehöre unumgänglich allabendlich auch ein gewaltiges Festmahl mit fetten Gerichten, schweren Weinen und starken Zigarren. Uns liegt gewiß nichts ferner, als unseren Lesern die Festesfreuden irgendwie beeinträchtigen zu wollen; indessen, man sollte die Folgen eines zu wiederholten Malen „überladenen“ Magens doch nicht allzusehr auf die leichte Achsel nehmen. Der menschliche Magen- und Darmkanal ist ein empfindliches Instrument, und man neigt in unseren Tagen mehr als je dazu, eine Reihe gefährlicher Krankheiten unserer wenig naturgemäßen Ernährungsweise zur Last zu legen. Und das, was man in dieser Hinsicht in gar so vielen Häusern um die Weihnachtszeit zu sehen bekommt, ist wirklich alles andere eher als naturgemäß! Also: ein wenig Maßhalten ist gerade in diesen Tagen am Plage! Dann haben wir nichts zu befürchten, und das Fest wird so, wie wir es uns und den anderen wünschen: fröhliche Weihnachten und frohes Neujahr.

Kostbare Spinnweben

Die Märchen erzählen von Spinnen, die goldene Fäden ziehen, aber wenn es auch solche Märchenspinnen nicht gibt, so sind doch heutzutage tatsächlich Spinnweben bisweilen von großem Wert. Allerdings stellen nur bestimmte Arten von Spinnen den richtigen Fäden her, und es ist einer der seltsamsten Berufe in der Welt, diese Spinnen zu züchten und das überaus zarte Material zu sammeln. Für die großen Fernrohre und gewisse mikroskopische Apparate sind feinste Messungen nötig, für die die Spinnweben die besten Stoff darstellen. Diese feinen Fäden werden auf die Weise gewonnen, daß man eine Spinne auf eine kleine Spule legt. Sie sucht sich natürlich von diesem ungewohnten Standort zu entfernen, und dabei werden die von ihr gespannten Fäden auf der Spule aufgewickelt. Diese Fäden werden dann besüßam abgenommen und erzielen hohe Preise. Einen großen Wert erlangte ein Spinnweben vor einiger Zeit durch die Verwendung für einen ganz anderen Zweck. Bei einem Film, der in Los Angeles gedreht wurde, hatte ein Schauspieler in einer Szene durch eine Fensterscheibe zu sehen, die von einem großen Spinnweben bedeckt sein sollte. Da keine Spinne dem Regisseur den Gefallen tat, das gewünschte Gewebe über ein Fenster des Ateliers auszuführen, so mußte man nach einem solchen Fenster mit dem richtigen Spinnweben darauf suchen. Schließlich fand man das Gewünschte, und dieses durch die Spinnweben verzierte Fenster wurde nun zu hohem Preise erworben und behutsam aus dem Rahmen gelöst, um im Atelier angebracht zu werden.

Sieg-Tchierichky: Der Herrgottschmitzer

Wie der kleine Fluß, der irgendwo am Rande der Alpen entspringt, seinen Weg ins Tal gefunden hat, so vollzieht sich seinem Stromlauf entgegen der Vorstoß menschlicher Siedlung. Und wo sich in seinem Verlauf ein Amd, eine feierliche Bauehung bildet, wo vom Hang ein Nebensüßchen mündet oder ein Raß sich in die Mauer der Gebirgsketten einbrückt, da sieht, wie an den Hang zerklebt oder auf einen grünen Teppich gestellt, jedesmal ein Städtchen, ein Dorf. Am Beginn des Tales aber, nahe der Quelle, dort, wo für das Tal die Welt aufhört, da brandet gewissermaßen der bergauf fließende Zustrom der Fremden an den Klippen des hochragenden Bergmassivs, an dessen Wänden ein namhafter Kurort lehnt. Die Fremden häufeln und pflügen die alte, idyllische Eigenart der Einheimischen. Je größer der Abstand von jenen in Sitten und Gebräuchen ist, um so erhoffener, sehenswürdig für den Großstädter, der die Romantik sucht. So ist dem Einheimischen alles, was er davon hat erhalten können, ein Heiligtum, dessen Segnungen in Mark oder Dollar ausdrückbar sind, und das er darum nicht weniger als der Fremde pflegt und verteidigt.

Eine solche Eigenart ist das Herrgottschmitzen. Es hat sich zwar mittlerweile zu einer Industrie entwickelt, aber noch steht in fast jedem Haus die Schnitzbank, an der bereits Generationen ihre Kunst übten, und an der nun der Jüngste, sobald er aus der Schule kommt, an ersten Versuchen das selbstverständliche Talent entdeckt. Während bisher der Vater der Lehrer des Sohnes war, sieht nun eine Schule den Nachwuchs und zieht ihn heran. Von dieser Schule führen die meisten zurück an die wurmfischige, knarrende Schnitzbank des Vaters, erneuern einen Baden, steifen die Spindel und legen sein Werk fort. Wenige wagen es, von Ruhm träumend, aus dem Tale, das vom Gebirge wie von hohen Mauern umstellt ist, auszubrechen. Denen geht dann das Tal, und sie gehen dem Tale für immer verloren.

Die Wochen der Hochsaison bringen fast immer etwas, worüber ein reger Meinungsaustausch entsteht: einen prominenten Gast, eine Liebesgeschichte, einen durchgebrannten Hochstapler. Aber nie so wie im letzten Sommer hatten sich alle betroffen gefühlt und wo sonst oft Reiz und Schadenfreude mit im Spiele war, da herrschte diesmal vorbildliche Einmütigkeit.

Unter dem, was man den Fremden, die den kleinen Ort am See besuchten, bot, war auch eine alljährlich wechselnde Ausstellung der Schnitzschule. Dort hatte auch Bechtle, der Bechtle aus dem Oberdorf, dessen Vater einst sehr schöne Kreuzigungen geschnitten hatte und dessen Bruder noch vom Aule des Vaters lebte und in seinem Sinne schuf. — Dieser Bechtle, der nach Berlin gezogen war, hatte unten in der Stadt seinen Christus ausgestellt.

„Haben's schon den Christus g'sehn?“

„Dös soll an Christus sein? An Gotteskündigung is' dös!“

Die Einwohner des Tales machten sich auf den Weg nach der Stadt. Von ganz oben kamen sie herunter. Trotz des schwachen Fremdenverkehrs überstieg die Besucherzahl der Ausstellung das Gewohnte um ein Dreifaches.

Da stand er nun, der gekrönte Christus, unter den Kreuzigten, die wie eine Sportmannschaft, zur gymnastischen Übung angetreten, die Arme fein säuberlich seitwärts streckten, und denen das Marterholz dahinter eine angenehme Unterstüßung in dieser Dauerstellung zu sein schien.

Alles stand um Bechtle Werk herum. Von welchem ein summender Schwarm. „Dös mag schon sein“, sagte ein Alter, den Kopf dabei schief haltend, „daß er nit mehr ganz egal wird ausschaut haben, wann se ihn deratt hab'n zugericht', daß ihm aber dös Bocke und de Ras z'sammischwill von einer Watschen —“, und topfschüttelnd ging er weiter, immer noch von der Vorstellung einer Watschen mit derartiger Auswirkung beeindruckt und vom Zweifel darüber hin und her geworfen.

Die Stimmung steigerte sich zur Empörung. Bei der Raß Bier wurde erregt darüber diskutiert. Verschwörungen gruppierten sich. Die anstößige Figur sollte verschwinden.

Unterdessen war der Bericht der kleinen Zeitung, aus dem die helle Entrüstung sprach, bis nach München gedrungen. Man war gerade daran, Bechtle Arbeit zu entfernen, da erschien ein Münchner Herr und darauf eine Münchner Kritik, in der die Figur als die einzige diskutabile Arbeit auf der Ausstellung bezeichnet wurde.

Die Herrgottschmitzer saßen sich mit langen Gesichtern an und hatten ein Gefühl, als ob sie sich einmal gründlich schütteln müßten. Wäre es noch möglich gewesen, damit die Empörung abzutun, dann wäre alles in Ordnung geblieben, denn die Fremden waren zumeist der Münchner Meinung. Doch der Wegfall des eigentlichen Grundes zu einer ernstlichen Befürchtung schien die Erregung noch zu steigern.

„Dös hat'r von ein Affen abg'schaut!“

„So ein' Kunst g'hört polizeilich verboten —, g'hört beschlagnahmt und verbrannt!“

Dornentenenstippen brachten. Die Figur fiel vom Sockel herunter. Man sah in den hohlen Baumstamm, aus dem sie gehauen war, wie in einen ausgenommenen Leib. Am Abend brannte drüben auf dem Felsen ein kurzes, klares Feuer mit wenig Rauch und vielen sprühenden Funken. Auch wer nicht dabei stand, mußte, was dort geschah.

Nur einer sah das Feuer nicht mehr verglimmen. Das war Bechtle. Die Räder unter ihm klopfen häßig gegen die Schienen. Ihm war, als schlug ein für kurze Zeit geteiltes rotes Meer hinter ihm zusammen. Ein Meer, das sich für ihn nie wieder teilen würde.

Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu einer besonderen Sitzung zusammen, um zu der Rotenordnung Stellung zu nehmen.

Spartkommissar als Allesbesserwisser. Protest der Gewerkschaften.

Mit dem Gutachten des Reichs-Spartkommissars über die Berliner Arbeitsämter, zu dem wir im „Vorwärts“ schon kritisch Stellung genommen haben, beschäftigt sich am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Vorstände der freigewerkschaftlichen Berliner Arbeiter- und Angestelltenorganisationen sowie der freigewerkschaftlichen Mitglieder der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter.

Genosse Siegle vom Ortsauschuß des ADGB, ging ausführlich auf die drakonischen Sparmaßnahmen ein, die der Reichs-Spartkommissar dem Vorstand der Reichsanstalt vorschlägt. Neben der vorgeschlagenen Personaleinschränkung, der Erhöhung der Arbeitsleistung der Angestellten durch Herausschrauben der Wehlfüßer, den wirtschaftsfernen Vorschlägen über die Vorbildung der Arbeitsamtsangestellten usw., ist für die Berliner freien Gewerkschaften von großer Bedeutung der Vorschlag, die zentrale Facharbeitervermittlung zu beseitigen und die Arbeitsvermittlung überhaupt in eine ganz enge Verbindung mit der Arbeitslosenversicherung zu bringen.

Die Beseitigung der zentralen Facharbeitervermittlung spielte in der Aussprache die Hauptrolle. Alle Redner wandten sich entschieden gegen diesen Vorschlag des Reichs-Spartkommissars. Wenn schon die übrigen Vorschläge den Eindruck hervorrufen müssen, daß sie von einer bestimmten Antipathie gegen die Berliner Institutionen der Reichsanstalt nicht unbeeinflusst sind, so wird diese Vermutung fast zur Gewißheit, wenn man den Vorschlag auf Beseitigung der zentralen Facharbeitervermittlung kritisch betrachtet. Die Verwirklichung dieses Vorschlages würde nicht eine Vereinfachung der Facharbeitervermittlung bedeuten, sondern sie viel komplizierter machen. Fast alle Facharbeitsnachweise sind durch die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen geschaffen worden. Sie bestehen teilweise schon seit 40 Jahren und noch länger. Bei ihrer

Überführung in die Reichsanstalt wurde das Besprechungsabgelegen, daß an der Zentralisation der Fachvermittlung nie etwas geändert werden soll. Die Umsetzung des Vorschlages des Spartkommissars in die Tat würde jeden Glauben an die Versprechungen der Reichsanstalt erschüttern.

Die Konferenz brachte einmütig zum Ausdruck, daß sie auch nach dem Vorliegen des Gutachtens des Reichs-Spartkommissars keine sachliche Veranlassung sieht, seine Vorschläge bezüglich der Umorganisation der Fachvermittlung zu verwirklichen. Vor allem wurde die Forderung gegenüber der Reichsanstalt erhoben, vor der Verwirklichung auch nur eines der Punkte dieses Sparprogramms unbedingt mit den Gewerkschaften noch Besprechungen zu führen.

Der Urlaub in den Brauereien.

Beil sich das Wintergeschäft infolge der Kaufkraftschwächung der Bevölkerung durch Lohnabbau und Arbeitslosigkeit nicht so gut anläßt wie in früheren Jahren, versuchen einzelne Berliner Brauereien, auf ihre Arbeiter einen Druck auszuüben, den tarifvertraglich in der Zeit vom 1. April bis 30. Oktober nächsten Jahres fälligen Urlaub schon jetzt zu nehmen. Wenn sich durch solche Maßnahmen Arbeiterentlassungen vermeiden lassen und wenn sich dabei vor allem die Brauereien an die Tarifbestimmungen halten würden, ließe sich schließlich in den einzelnen Betrieben darüber eine Verständigung mit den Betriebsvertretungen herbeiführen. Einzelne Brauereien hatten mit ihren Betriebsräten eine solche Verständigung auch schon herbeigeführt, als der Verein Berliner Brauereien mit einem Rundschreiben dazwischen funkte und diese Vereinbarungen zunichte machte.

Die Tarifbestimmungen besagen klar und eindeutig, daß für die Urlaubszeit der Lohn nach der 48stündigen Arbeitszeit berechnet werden muß und daß, je nach der Beschäftigungsdauer, 1 bis 3 Tage Urlaub mehr zu geben sind, wenn er in den Monaten November bis März genommen wird. Die Brauereien wollen nunmehr ihre Arbeiter zwingen, im Winter Urlaub zu nehmen; ihnen jedoch den Ausfalltag in der Woche wohl als Urlaubstag anrechnen, aber nicht bezahlen. Ebenso wollen sie den tariflich

vereinbarten Mehrurlaub von 1 bis 3 Tagen nicht geben und auch nicht zahlen.

Mit diesem Vorgehen beschäftigt sich Mittwoch vormittag eine vom Verband der Nahrungsmitel- und Getränkearbeiter nach dem Gewerkschaftshaus einberufene Funktionärkonferenz der Brauereiarbeiter. Genosse Schmitz gab einen ausführlichen Bericht über die Maßnahmen der Brauereibesitzer und empfahl den Funktionären, auf der von den Unternehmern gewünschten Grundlage Betriebsvereinbarungen nicht zu treffen. Die Organisation stellt es den Funktionären aber frei, Abmachungen über Winterurlaub zu treffen, wenn dadurch Entlassungen vermieden werden können; dabei müssen aber die tariflichen Urlaubsbestimmungen streng eingehalten werden.

Nochmals Betriebsräte im Bankgewerbe.

Zu dem in unserer Ausgabe Nr. 257 vom 10. November veröffentlichten Artikel „Betriebsräte im Bankgewerbe“, schreibt uns die Zeitung des Deutschen Bankbeamten-Vereins:

„Es ist unklar, daß der Deutsche Bankbeamten-Verein (DBB.) in seiner der Öffentlichkeit durch die Tagespresse übergebenen Aufstellung über die organisatorische Verteilung der Betriebsratsfrage im Bankgewerbe so gut wie ausschließlich die allerkleinsten Betriebe herausgegriffen hat, bei denen nur ganz wenige Stimmen genügen, um einen Betriebsrat zu erlangen. Wahr ist vielmehr, daß bei der fraglichen Statistik nicht nur die kleineren Bankinstitute, sondern auch alle Großbanken, insbesondere auch deren Zentren in Berlin sowie z. B. auch die Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank in München, die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig und der Barmer Bank-Verein, berücksichtigt worden sind. Dies ergibt sich auch schon daraus, daß fast 1000 (996) Bankbetriebe durch unsere Erhebungen erfaßt wurden. Somit sind die in dem fraglichen Aufsatz gezogenen Schlussfolgerungen ohne Begründung und hinfällig.“

Wir drucken diese uns unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes zugesandte Berichtigung ab, geben aber gleichzeitig abschließend dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten zu folgender Rückäußerung Raum:

„Nachdem der DBB. erklärt, daß in seiner Statistik auch die wenigen Betriebsratsmitglieder in den Berliner Großbanken sowie in einigen mittleren Banken im Reich berücksichtigt worden sind,

Billige Weihnachts-Angebote unserer KONSUM-WARENHÄUSER

Um unseren Mitgliedern zum bevorstehenden Weihnachtsfest billige Einkaufsmöglichkeiten zu bieten, haben wir in allen Abteilungen ganz bedeutende Preisherabsetzungen vorgenommen. Es empfiehlt sich, schon jetzt die Weihnachtseinkäufe zu tätigen! Unsere Warenhäuser sind am Sonntag, dem 13. Dezember und am Sonntag, dem 20. Dezember 1931, von 3 bis 7 Uhr geöffnet!

Einige Beispiele unserer Billigkeit

Damenstrümpfe	Überhemden	Überstiefel	Bettgarnituren	Jugendmantel	Boucléteppich
Kunstseide u. ägyptisch Mako	Perkal, gute Verarbeitung	grau Trikot, Ia Qualität, 1/4-Abs.	Linon, 1 Deckbett und 2 Kissen, 1 Kissen reich bestickt	aus reinw. Velour m. Lammwollkrag, blaufluchsgefärbt, ganz auf Kunstseide	200x300
0.95	2.95	3.90	5.90	25.50	29.75

S: Oranienstr. 184-65 N: Reinickendorfer Str. 21 O: Frankfurter Allee 80
N: Brunnenstraße 188-90 (Spezialhaus für Herrenbekleidung)

Statt Karten!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des tragischen Unglücksfalles meines lieben Mannes, des Gewerkschaftsangehörigen

Willi Kuske

sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Insbesondere den Kolleginnen und Kollegen aller Branchen des Gesamtverbandes, dem Arbeitgeberverband für den Lebensmittelgroßhandel, dem Freidenkerverband, der SPD, 118. Abteilung, dem Neuköllner Sängerkorps, sowie den Mietern der Häuser Heinrichstraße 11/13.

Marie Kuske.

Lichtenberg, Heinrichstraße 13.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Willi Heese

geb. 21. März 1912, am 8. Dezember gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 11. Dezember, 10¹⁵ Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt. Hohe Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Am 20. November fand unser Kollege, der Schlosser

Karl Schwarz

geb. 3. April 1905. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Güte Ihrem Ansehen! Die Ortsverwaltung.

Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unfero Vaters

Theodor Gemmecker

lege ich allen Teilnehmern meinen herzlichsten Dank, insbesondere dem Herrn Redner des Freidenkerverbandes, dem Reichsbanner, den Mietern des Hauses Raunauerstr. 28, der 44. Abteilung der SPD, und dem Gesamtverband.

H. Gemmecker und Kinder



BERLIN O 34

Am 9. Dezember starb unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Auguste Reske

geb. Kroll in ihrem 90. Lebensjahre.

Familie Otto Wels, Familie Louis Elster, Familie Walter Wels.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 12. Dezember, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof in Friedrichshagen, Schulstraße, statt.

Allen denen, die mir beim Tode meines lieben Mannes soviel Liebe und Teilnahme bewiesen haben, dankt aus tiefstem Herzen

Selma Koch, geb. Gruhn Berlin N 115, Seelower Str. 21

Blumenspenden

Jeder Art sofort preiswert

Paul Golletz vormals Robert Meyer Mariannenstr. 3 F 8, Oberbaum 1303

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsmglieder! Freitag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr, Sitzung der mittleren Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung.



Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Berlin S 42, Rinarstraße 126; Berlin-Mariendorf, Rathausstraße 93, pt.; Berlin-Köpenick, Bahnhofstraße 34; Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 122; Berlin-Reinickendorf-Ost, Schönholzer Weg 39; Berlin-Pankow, Gallardsstraße 26; Berlin-Spandau, Götestraße 3, pt., oder der Vorstand der Volkshilfe in Hamburg 3, An der Alster 57-61

Volkshilfe

Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Hamburg 3

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands

Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RM. Versicherungssumme, 150 Millionen RM. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten: Prämienreserve: über 100 Millionen RM. Gewinnanteile: 32 Millionen RM. zusammen über 132 Millionen RM. Versicherungsleistungen: rund 12 Mill. RM. seit November 1923 (Ende der Inflation)

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Berlin S 42, Rinarstraße 126; Berlin-Mariendorf, Rathausstraße 93, pt.; Berlin-Köpenick, Bahnhofstraße 34; Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 122; Berlin-Reinickendorf-Ost, Schönholzer Weg 39; Berlin-Pankow, Gallardsstraße 26; Berlin-Spandau, Götestraße 3, pt., oder der Vorstand der Volkshilfe in Hamburg 3, An der Alster 57-61

Freitag, 12. Uhr beginnt der Weihnachtskauf aus Künstlerhand

Täglich ab 10 Uhr

Schauspieler und Schauspielerinnen verkaufen auf dem grossen

Weihnachtsmarkt

im 2. Stock unseres Hauses

Liebliche des Publikums helfen ihren Kollegen!

Es geben Autogramme:

- Max Adalbert Lissy Arna
- Lotte Carola Gerhard Blenert
- Maria Colm Max Ehrlich
- Lien Deyers Lia Eibenschütz
- Johanna Ewald Harry Gondi
- Edith Edwards Hugo Fischer-Köppe
- Toni van Eyck Karl Jöken
- Willi Grunert Thea von Harbau
- Brigitte Helm Paul Kemp
- Jenny Jugo Käte Jöken-König
- Fritz Kampers Gerda Maurus
- Gerdi Kämmler Genia Nikolajewa
- Arthur Mainz Käte de Neuf
- Ellen Richter Wolfgang v. Schwindt
- Maria Paudler Fritz Spira
- Fritz Staudte Kurt Vespermann
- Hedw. Wangel

In den Verkaufsbuden finden Sie Weihnachtsgeschenke, die nach besonderer Schönheit und Preiswürdigkeit ausgesucht sind. Um eine Überfüllung des Weihnachtsmarktes zu vermeiden, ist beim Betreten ein Gutschein für M. 1,- zu lösen, der in allen Abteilungen in Zahlung genommen wird.

KARSTADT

U. BAHNHOF HERMANNPLATZ DER KARSTADT-BAHNHOF

